

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes
der Bergbauindustriearbeiter
Deutschlands



1 * 9 * 3 * 0

42. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis für das Jahr 1930

Allgemeine Artikel

	Seite		Seite		Seite
Abbruch der Spitzenverhandlungen	212	Erdöl AG. Zwei Niederlagen der Deutschen	212	Massenunfällen. Gedanken zu den	383
Abwehr der Katastrophe	269	Erlöskontrolle statt Erlösgarantie	418	Material zum Preisproblem	314
Akkumulation der Arbeitslosigkeit?	351	Erdöllagerstätten. Die Entstehung der	407	Mehr gesteuert als geheuert	75
Alkohol. Dämon	91	Erholungsurlaub im Ausland	147	Miet- und Wohnrecht der Zukunft. Um das deutsche	320
Anfänge der Bergarbeiterbewegung	146	Erwerbslose. Was der — beachten muß	262	Minderbemittelten, Wie die — sich einschränken müssen	39
Arbeiterbank. Die Unternehmerpresse gegen die	6	Erwerbslosenfreizeiten. Bedeutung und Aufgaben der	259	Mißhandlung von Bergarbeitern	203
Arbeiterchaft und Bauparlamente	222	Faschistischer Herrschaft. Der Segen	106	Mit Volkswind in die Sackgasse	249
Arbeit, Die Ware	2	Finanzgesundung. Richtlinien zur	211	Nationalismus, Diktatur, Sozialismus	343
Arbeitsbeschaffung. Zur	263	Finanzkompromiß. Der beabsichtigte	32	Neunstundenschicht! Her mit der	342
Arbeitsgerichtliche Entscheidungen	384	Finanzreform. Glossen zur	2	Nichtwähler. Die Partei der	273
Arbeitskämpfe, Die — im Jahre 1929	40	Frauen und der 14. September. Die	265	Niedererschleichen Bergbaues. Geschichte des	82
Arbeitskräfte, Sind vierzigjährige — minderwertiger?	7	Freiwillige vor!	359	Notopferidee, Die — und ihr Echo	90
Arbeitslosigkeit durch Katastrophenpolitik	43	Freund des Bergmanns. Ein zuverlässiger	363	Notopfer der deutschen Bergarbeiter	352
Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit	147	Frontkameraden sind geschlagen. Die	309	Notverordnung. Der Kampf um die	398
Arbeitslos früher und jetzt	218	Früher und jetzt	273	Oberbergamt Dortmund. Schwere Angriffe gegen das	272
Arbeitslosen! Das Verbrechen an den	262	Funktionärschulung, Die — unseres Verbandes	33	Oberbergamt Dortmund. Schwere Angriffe gegen das	279
Arbeitslosenmarkt schwillt weiter an. Der	239	Fürforgedienst in Westfalen. Vom	306	(Schlußbericht)	279
Arbeitslosigkeit. Zur Beseitigung der	328	Gelbe Gewerkschaft in neuer Form	126	Opfer oder Chaos?	201
Arbeitsjahrsplanung und Wertpolitik	354	Gefahr eines lohnpolitischen Berggrutsches. Die	153	Organisierte Weltfinanzierung	368
Arbeit und Wohnung	345	Gemeinwirtschaft. Händlermacht gegen	10	Parole der westlichen Wirtschaftsführer. Die	125
Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsleistung	302	Genossenschaft. Bilder aus der Entwicklung einer	329	Pharisäer und die Arbeiterlöhne. Die	177
Arbeitszeit der Bergarbeiter. Die	171	Gewerbehörden. Stand der	336	Preise und Löhne	210
Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau. Die	233	Gewerkschaftliche Großtat. Eine	158	Preisfrenkung durch Lohnsenkung	242
Arbeitszeitverkürzung, Warum — an der Ruhr?	301	Gewerkschaftsbewegung ist unsere Rettung! Die	310	Preisfrage für bürgerliche Ökonomen	293
Arbeitszeitverkürzung. Unternehmertum und	335	Gewerkschaftsdiktatur	105	Preßlufthammer. Knappenmörder: —	49
Armenrecht. Das	109	Gewerkschaften. Die Weltmacht der	202	Rationalisierung der Arbeitskraft	7
Attentat von Deynhaußen. Das	195	Gewerksvereine, Ueber die Bedeutung der	3	Rationalisierung, Schiefe —	154
Aufbau	215	„Gute“ alte Zeit. Die	281	Raub am Lebensnotwendigen!	277
Auf zum letzten Gefecht!	294	Großverdiener in Deutschland	366	Reaktion in Angriffsstellung. Die	114
Auf zur Tat!	210	Grubenbefahrung durch Gewerkschaftsangeestellte	375	Reaktionärste Regierung seit der Revolution	141
Auslandsstellenvermittlern. Warnung vor	7	Haager Konferenz. Das Resultat der	41	Rechtsschuzerfolge. Unsere	223
Außenhandel, Reparationen, Zölle	17	Habertshof. Heimvolkshochschule	27	Regierungsturs. Zum neuen	196
Aus den Anfängen der rhein.-westf. Bergarbeiterbewegung	270	Halden an der Ruhr? Woher kommen die	280	Regierungsprogramm. Die Arbeitnehmer und das	350
Beamtenbank. Uebernahme der	78	Hände weg von der Sozialversicherung! Gebt Arbeit!	189	Reichstagswahl. Bergvork und	253
Beamtenbanken. Sanierung der — durch D.-Banken im In-	42	Hibernia - Recklinghausen	212	Religion und Wahlkampf	281
teresse des Bankkapitals	42	Hilfe für das Siegerland. Weitere	272	Religionshebe im Wahlkampf. Zur	287
Belegschaftsverammlung	215	Hilfe, wir erstickten im Gelde!	161	Reparationen und Wirtschaftsnot	325
Bergarbeiter - Romanschriftsteller	263	Höchste Gefahr — höchste Bereitschaft!	333	Ruhrbergarbeiter, aufgepaßt!	367
Bergarbeitsgesetz. Das	69, 77, 85	holdinggesellschaft der Gewerkschaftshäuser	333	Saar? Was wird mit der	201
Bergbau. Anträge für den	45	Internationale Industriekongress in Leipzig	102	Saarbergwerken. Hände weg von den	25
Bergbaubildende. Gestiegene	290	Irreführende Berichterstattung des alten Verbandes?	393	Salzgewinnung und Salzbergbau	302
Bergbaufragen vor dem Reichstag	178	Jahrbuch 1929. Unser	198	Sammeln!	290
Bergbauunternehmer. Die armen	195	Jahresbericht der bayerischen Bergbehörde für 1929	284	Schlottergebläse und Luttentlüfter	204
Bergbau. Zur Lage im	53	Jahreswechsel. Zum	413	Schon ausgeträumt!	178
Bergetat. Der — vor dem Hauptauschuß des Landtags	30	Jolimont — Kratau!	145	Schriftsteller. Der gewerkschaftliche	67
Bergherren. Die armen	123	Jugendbewegung. Von der Gestaltung der gewerkschaftl.	167	Schuljahr. Das neunte	415
Bergmannsiedlungen. Das Gesetz über	99	Jugendliche. Arbeitsschutz für	139	Siebenstundenschicht. Die — eine Utopie	59
Bergvork von Mansfeld im Kampf! Das	185	Jugendlichen Erwerbslosen. Die Not der	43	Siebenstündige Schicht. Um die	37
Bericht der Hauptkassie für das Geschäftsjahr 1929	175	Jugendchutz. Der — im Bergbau	19	Siebendreiviertelstundenschicht im Bergbau?	204
Bernau. Funktionärkursus in	222	Kaliabjaß im Juli	283	Sittlicher Wert der Gewerkschaften	378
Betriebsräte. Das Reichsarbeitsgericht und die	369	Kaliwerk Wienenburg. Die Katastrophe auf dem	165	Soziale Betriebspolitik	99
Betriebsrätegesetz. Arbeiterchaft und	410	Kampfanfrage der Schwerindustrie. Neue	366	Sozial- Gefahrengemeinschaft	317
Betriebsrätegesetz. Zehn Jahre — im Bergbau	73	Kampf gegen die Bonzen	319, 326, 335	Sozialisierte Betriebe. Demagogischer Kampf gegen	60
Betriebsräte. Lehrkurse für	127	Kampffahr 1929, Rückblick auf das	1	Sozialpolitik. Die Krise der deutschen	266
Betriebsrätemessen. Gedanken über das	359	Kampfwelchnachten 1930	405	Sozialpolitik 1930. Die	41
Betriebsratslisten, Parole: — der Gewerkschaften	91	Kapitalmacht der Sozialdemokratie: eine Gefahr für die	70	Sozialpolitik, Alarm! Abwehr von Attentaten auf die	66
Betriebsrat. Vom Arbeiterauschuß zum	69	Gesellschaft	70	Sozialversicherung? Ein Streik gegen die	264
Betriebsratswahlen im Bergbau. Die	113	Kapitalismus. Das Schicksal des deutschen	295	Sozialversicherung. Unternehmer im Kampf gegen	43
Betriebsratswahlen. Die Lehren der — im Bergbau	219	Kapital in der deutschen Wirtschaft. Das ausländische	353	Spanien. Fern im Süd das schöne	122
Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen an der Ruhr	90	Katastrophenpolitik? Wer treibt	317	Spargelder als Betriebskapital	7
Betriebsvertretung. Direktionsrecht und	93	Kein Verkauf der Koffenzey-Kohlenfelder	272	Stärkt den Verband!	391
Bildungsarbeit der Gewerkschaften. Die	222	Kinderrepubliken 1930. Die	175	Statistik. Eine lehrreiche	14
Bodenschätze. Der Reichtum deutscher	15	Kinderpeisungen	273	Staublunga. Um die Entschädigungspflicht bei	13
Braunkohlenbergbau 1929. Guter — und nun Krise?	52	Kohle. Die	41	Steuerkampf, Klassenkampf	74
Braunkohle — zufriedenstellend	272	Kohlenförderung des Ruhrgebiets	45, 263	Studie, Eine historische —, kritisch zu lesen	14
Briands Europaplan und die Arbeiterchaft	186	Kohlenpreise. Senkung der — im Ruhrgebiet	346	Tätigkeitsbericht des Dmta	198
Brot geht vor Bildung	319	Kohlenpreis und Kohlenlohn	352	Trommelfeuer	258
Brüning, Stegerwald und wir	154	Kohlenwirtschaft 1929. Die Lage der	130	Ueber die Pflichten des Arbeitgebers	214
Bürgerblocks. Ein vorläufiger Sieg des	131	Kopf-, Bürger-, Regier-Nazisteuer	281	Um die Staublungenerkrankung in der Schieferindustrie	170
Bürgerblock, Volksausplünderung!	121	Kraftwerk Europas. Das größte	118	Unfälle des Ruhrbergbaues	393
Christlichen Gewerkschafter in Front. Die	141	Krankenkassenparlament zur Notverordnung. Das	280	Unorganisierte und Wirtschaftskrise	299
Demokratie und Arbeiterchaft	187	Krankenkassenstandals. Wünderung des	280	Unseren Mitarbeitern zur Beachtung!	190
Deutsche Bergarbeiter nach Rußland?	264	Krankenversicherung. Abbau in der	263	Unsere Tarifbewegungen im Jahre 1929	65
Deutschlands Bergwirtschaft seit Magdeburg	232	Krise der Weltwirtschaft. Die	310	Unternehmerphilosoph. Ein neuer	169
Deutschland. Das andere	345	Krisennot. Gewerkschaftskampf gegen	374	Unternehmerfront gegen Arbeiterchaft	278
Dieselmotorlokomotiven im Kohlenbergbau	312	Krisennot. Regierungspolitik gegen	374	Unternehmer, Was die — übersehen!	5
Diktatur des Geldsacks. Gegen die	285	Kündigung? Wie verhalte ich mich bei	211	Urteilsregelung für Bergarbeiter in den internationalen	155
Diktaturprogramm. Das	325	Kindcar-Nähmaschine. Die	355	Steinkohlenbergwerken	155
Eindrücke von einer polnischen Reise	189	Lohnbetrag im Bergbau. Der steuerfreie	6	Verbandsmitglieder! An die	62
Einfluß des Verbandes auf die Wirtschaft. Der	259	Lohnerhöhung. — Lohnpolitik. Die Aufgaben der	31	Verbandsstatuts. Änderungen des	311
Eisensteuer. Eineinhalb Milliarden Mark	11	Lohnerstattungen für 1929	6	Verkürzung der Arbeitszeit. Um die	367
Elektrotrast. Auf dem Wege zum Welt-	71	Lohnpolitik oder Steuerpolitik?	97	Volkseinkommens. Entwicklung des deutschen	37
Energieversorgung der Welt und Weltkraftkonferenz	206	Macht. Die ganze	334	Volkstnot, Bauernnot	98
Entscheidungen. Vor schweren	341	Maisfeier! Bierzig Jahre	129	Volksvormögen, Volkseinkommen	58
Entlohnung der Reallohne	418	Männerkursus im Volkshochschulheim Sachsenburg	235	Vom Wesen des Verbandes	191
		Massenbildung in der Kultur. Die	303	Vor neuen Aufgaben	106

Wachsende Macht. Sie fürchten unsere —	60
Warum für die Sozialdemokratie?	261
Warum der Pfarrer zur Sozialdemokratie kommt	265
Warum so zaghaft? Findet den Weg wie Erkelenz!	269
Weg aus der Krise. Der —	216
Wege zur Preissenkung	397
Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt. Unterstützt die —	368
Weltbank. Die —	42
Weltkohlenlage. Die —	187
Weltmacht Presse und die Gewerkschaften	342
Wenn man krank oder arbeitslos wird	388
Werbearbeit! Rüstet zur —	334
Werbepremien 1930	8
Werbewoche vom 6. bis 13. Juni. Ruhrkumpel, merkt auf!	209
Wer trägt die Schuld?	89
Wirtschaftskrise. Hulemann zur —	193
Wirtschaftskrise und Konsumgenossenschaften	332
Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen	126
Wirtschaftslebens. Schwankungen des —	9
Wirtschaftsminister, Neue Finanz- und —	5
Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Gewerkschaften zur —	343
Wir und die andern	77
Wissell hat recht!	198
Wissenswertes über die Steuerkarte	296
Wohin fließt das Geld der Arbeitslosen?	273
Wohnungsbau im Dienst der Umsiedlung	330
Wohnungsnot und Gebärzwang	161
Wohnungswirtschaft im Bergbau. Zehn Jahre soziale —	150
Young-Plan. Der Kampf um den —	91
Zehnwertstattlehrlinge. Die Gesellenprüfung der —	203
Zehn Jahre Sachverständigenarbeit	137
Zeitalter des Verkehrs. Das —	213
Zeitspannen. Die hohen —	283
Zollfragen. Gewerkschaften und —	57
Zollkrieg? Frisch-fröhlicher —	267
Zollpolitik? Umkehr in der —	11
Zwang und Freiheit im Wirtschaftsleben	114
Zwang zur Planmäßigkeit. Der —	169
Zweckpessimismus	31

Tarifbewegung

Machener, Neuabschlüsse der Tarifverträge für die —	250
Steinkohle und Braunkohle	383
Machener Steinkohlenrevier. Um Lohn u. Arbeitszeit im —	223
Abwehrkampf. Zum Mansfelder —	301
Arbeitszeitverkürzung, Warum — an der Ruhr?	185
Bergvork von Mansfeld im Kampf	417
Braunkohlenbergbau. Unerhörter Schiedspruch im mittel-	223
deutschen Braunkohlenbergbau	280
Erfolge aus dem Tarifrecht	271
Halben an der Ruhr? Woher kommen die —	47
Kündigung der Lohnordnung für den Ruhrbergbau	155
Lohnstreit, Zum — in Niederschlesien	174
Mansfelder Lohnstreit, Der —	199
Mansfeld-Verhandlungen gescheitert	204
Mansfeld, Die Kampffront in — unerfüllt	215
Mansfeld, Die Abwehrfront in — mankt nicht	235
Mansfeld, Situation in —	243
Mansfeld, Streikfront in — unerfüllt	258
Mansfeld, Beendigung des Streiks in —	407
Mansfeld, Die Arbeitsaufnahme in —	351
Mansfeld, Beilegung des Lohnkonflikts in —	393
Mitteldeutschland, Kündigung der Mehrarbeit in —	311
Nachverhandlungen für den Ruhrbergbau gescheitert	326
Oberschlesien, Kündigung des Lohns in —	335
Oberschlesien, Lohnschiebspruch für —	277
Oberschlesien, Lohnverhandlungen in —	288
Raub am Lebensnotwendigsten	296
Ruhrbergbau, Die Lohnverhandlungen im —	296
Ruhrunternehmer abgewehrt. Der Angriff der —	306
Ruhrbergbau, Kündigung der Mehrarbeit im —	326
Ruhrgebiet, Der Schiedspruch im — verbindlich erklärt	351
Ruhrbergbau, Arbeitskonflikt im —	407
Ruhrbergbau, Die Tarifbewegung im —	375
Ruhrbergbau gekündigt! Lohnverhandlungen im —	37
Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau	65
Siebenstündige Schicht, Um die —	394
Tarifbewegungen, Unsere — im Jahre 1929	54
Verhandlungen für die mitteldeutsche Braunkohle gescheitert	293
Waldburg-Neurode, Lohnschiebspruch für —	
Wohlfahrtsarbeiter, Rechtsstellung der —	

Arbeiterversicherung

Arbeitslosigkeit. Vernichtung von — (Sehe gegen die	125
Knappschicht)	262
Arbeitslosen. Das Verbrechen an den —	359
Arbeitslose. Notverordnung und —	262
Erwerbslose. Was der — beachten muß	107
Freizügigkeit. Der Gedanke der — im Knappschichtwesen	220
Geht die Knappschicht auch die Unorganisierten etwas an?	298
Gesunde Zähne vor der Kur. (Regierung der Ruhrknappsch.)	115
Häß macht blind	78
Hessisch-Thür. Knappschicht. Herzstreit in der —	54
Hinterbliebenenfürsorge der Invalidenversicherung. Ent-	342
scheidung des Reichsversicherungsamts hinsichtlich der —	127
Invalidenversicherung. Gesundheitsfürsorge in der —	139
Invalidenversicherung. Kritische Lage der —	263
Jugendliche. Arbeitsschutz für —	280
Krankenversicherung. Abbau in der —	338
Krankentassenfonds. Milderung des —	335
Krank oder arbeitslos. Wenn man — wird	386
Krisenfürsorge, Ausdehnung der — auch auf Bergarbeiter	
Krisenfürsorge. Die Neuregelung der —	

Krisenfürsorge. Für Milderung der —	407
Knappschicht, reform. Endlich —	333
Knappschichtsnovelle. Kampf um die neue — an der Saar	63
Lohnfestsetzung für minderleistungsfähige Bergarbeiter	13
Neues Knappschichtkrankenhaus in Hamm i. W.	418
Notverordnung. Das Krankentassenparlament zur —	280
Pensionsversicherung. Um die Knappschichtliche —	341
Pensionsversicherung. Um die Erhaltung der Knappschicht. —	389
Preßlufthammer, Knappenmörder	49
Rechtsanspruch auf Rente oder Wohlfahrtsunterstützung	220
„Reform“ der Sozialversicherung durch die Arbeitgeber-	148
verbände	182
Reichsknappschicht. Vorstandssitzung der —	38, 106, 182
Reichsknappschicht. Aus der —	322
Reichsknappschicht. Reichsarbeitsminister und —	330
Reichsknappschicht 1929. Die —	391
Renten in Deutschland? Wie hoch sind die —	361
Rentner des verarmten Deutschland	361
Ruhrknappschicht 1929	186
Ruhrknappschicht, Vorstandssitzung der —	28, 235
Sächsische Knappschicht	362
Satzungsänderung der R.K. Wie sieht die — aus?	399
Sektion I der Knappschichtberufsgenossenschaft. Ueber die	291
Tätigkeit der Unfallhilfsstellen der —	266
Sozialpolitik. Die Krise in der deutschen —	43
Sozialversicherung, Unternehmer im Kampf gegen —	264
Sozialversicherung? Ein Streit gegen die —	133, 179, 327
Unfallverletzte und Krankenhauspflege	142, 148
Unfallversicherung. Rechtsansprüche Unfallverletzter an	235
Kranken- und —	345
Unfallversicherung. Aus der —	
Unfallversicherung	

Arbeitskammer

Berufskrankheiten	107
Strafwesen im Ruhrbergbau	249
Unfallgefahren	107

Haus und Leben

Anna	265
Annemarie	221
Antreibesystem. Opfer des —	84
Arbeitsjahr. Das —	377
Arbeitsstag und Wochenende	289
Arbeit und Kunst	205
Arbeit und Menstruation	197
Arbeit und Schule	321
Aus dem Leben zweier Kämpfer	12
Bant. Die vertrackte —	20
Befinden unserer Schulkinder	321
Begegnung mit Konrad	297
Bernsteins Werdegang	20
Bergwerk	221
Blickableiter	4
Blindenberufe	313
Buch des Bergmanns	156
Columbus	116
Constantin Meunier	401
Das Göttliche	241
Das große Geschehen	213
Das ist selbstverständlich!	361
Das Schaustück	108
Das sterbende Dorf	197
Das Vergessen	100
Der Agitator	305
Der alte Jupp	116
Der Bruder des Volkskommisars	188
Der eiserne Vogel	305
Der junge Mann, der Prediger usw.	76
Der Lohnkampf	156
Der Unfall	140
Der weihnachtliche Glaube an das Kind	403
Die Besehnung	221
Die Erde ist die Heimat des Menschen	313
Die Gabe der Weisen	409
Die Idee des Bergmanns	213
Die Leichenkarawane	313
Die Lüge des Kindes	305
Die zehn Alkoholgebote	4
Die Zeitung des Bergmanns	283
Doppelt getroffen	385
Ein Ferienerlebnis	273
Eine Nacht	197
Erlebnisse und Gedanken eines Unterfasserers	197
Feierabend	205
Feierschichten	100
Feiertage	221
Fische des Bergmanns. Die —	385
Fortschritt	257
Frauen im Internationalen Gewerkschaftsbund	297
Frauenpsyche und wirtschaftliche Not	361
Frauenstrich. Ein —	401
Gedankenleser. Der —	377
Gicht. Die —	92
Grubengaul. Uff, der —	92
Grubenpferd. Nur ein —	76
Haus der Schmerzen	84
Heimwärts im Zuge	377
Heiratslust und soziale Lage	100
Hoch lebe der Verband	12
Hygiene des Rübtopfes	337
Ich glaube	188
Im Kampf um die Gesundheit der Frau	140
Ist das Briefschreiben überlebt?	377
Ja, früher!	12
Jahr. Ins neue	26

Kameradschaft	116
Kampf hat Sinn	116
Kleingärtner. Zur Beachtung für den —	76
Knappe. Der —	44
König Salomo und die Ameisen	213
Krieg!	337
Landstraße	205
Lebensinfonie des Bergmanns	297
Lebende Menschen	361
Mai!	132
Massenlos	287
Meine erste Waise	132
Mensch und Masse	76
Minette	401
Mir ist etwas ins Auge geflogen	321
Mutter Müller	36
Mutter Jones	188
Mutter werden	213
Nachschicht	20
Not im schwarzen Revier	241
Rubischen Wüste. Unter der Sonne der —	29
Rummer Mensch	197
Obst vor dem Genuß abspülen	305
Ostern des Glaubens an das Leben	124
Ostern	124
Peitsche. Die —	401
Pennsylvanien-Bergwerk	297
Pope. Der rote —	68
Preisauschreiben des Soz. Kulturbundes. Ein neues —	361
Proletariatschicksal	4
Reise um die Erde in einem Tag	321
Renten in Deutschland? Wie hoch sind die —	361
Ruhrgebiet. Das —	68
Schicht. Die erste —	29
Schichtwechsel	241
Schöpferische Industrie	132
Sonntag des Kindes	36
Sowjetliebe	321
Spartasse. Die Gewerkschaft ist die beste —	4
Stadt in der Ebene. Die —	377
Sturm	337
Traum. Der letzte —	44
Ueberzeugung	281
Uthmann, Gustav Adolf	205
Vater, Der — des Bergmanns	36
Vergilbte Blätter erzählen	232
Volksseele und Bildung	124
Was ein Erblindeter erzählt	337
Was ist eigentlich die Kinderlähmung?	305
Was sich zwei Arbeitslose erzählen	385
Zähnen, Was sollte jede Mutter von den — und ihrer	44
Pflege wissen?	100
Zartgefühl	313
Zerstreuung	108
Ziege des Bergmanns	257
Zizibe und Zizibus	44
Zur Arbeit im Sturm	

Gedichte

An die unorganisierten Bergarbeiter	217
Arbeitslos!	401
Der Frühling ruft	124
Den Veteranen	36
Die Arbeitsfrau	188
Die rote Königin	129
Du sollst nicht töten	241
Drei Wochen Wendefurth	257
Ein Funke springt	349
Elefant und Hund	29
Erlöst euch selbst!	405
Fahrt durchs Kohlenland	100
Frauen: Alarm!	289
Gekündigt!	281
Geschichte vom zwiefarbigen Schild	92
Halte zusammen	330
Hinzu zum Ziel!	97
Hoffnung	84
Immer dies Proletenleben?	265
„Kohlensäure“	225
Lied der Arbeitslosen	161
Maschinenkumpels Lied	12
Nu aber ran!	296
Pfingsten	178
Stadt der Arbeit	68
Unsere Internationale	153
Unser Los	197
Wierzehn Prozent Dividende	361
Werb für den Verband!	365
Zwischen den Jahren	413

Konferenzen

Machener, Jahreskonferenz des Bezirks —	119
Machener, Konferenz in —	363
An die Verbandsmitglieder!	62
Bad Salzungen. Geschäftsstelle —	306
Bad Salzungen. Verbandskonferenz der Geschäftsstelle —	376
Bergarbeiterkongress. Vom Internationalen —	163, 171, 179
Bernburg-Anhalt. Jahreskonferenz der Geschäftsstelle —	103
Bitterfeld. Jahreskonferenz der Geschäftsstelle —	95
Bochum. Jahreskonferenz der Geschäftsstelle —	95

Borna-Grimma. Jahrestagung der Geschäftsstelle	86
Borna. Verbandstag der Geschäftsstelle	376
Egeln. Konferenz in	315
Frankfurt a. d. O. Verbandstag der Geschäftsstelle	376
Frankfurt a. d. O. Jahrestagung der Geschäftsstelle	127
Fraulautern. Jahrestagung der Geschäftsstelle	79
Fraulautern. Der Bezirk	282
Genf. 14. Internationale Arbeitskonferenz in	196
Genf. Stimme der deutschen Bergarbeiter in	208
Genf. 7 1/2-Stundenschicht im Bergbau?	204
Gewerkschaftsredakteure. Konferenz der	93
Gießen. Jahrestagung der Geschäftsstelle	103
Halle. Jahrestagung der Geschäftsstelle	78
Halle. Jahrestagung des Bezirks	86
Halle. Betriebsrätekonferenz in	167
Halle. Revierkonferenz in	330
Hamm. Jahrestagung der Geschäftsstelle	86
Hannover. Jahrestagung des Bezirks	119
Hannover. Verbandstag in	376
Holdinggesellschaft der Gewerkschaftshäuser	338
Illingen. Jahrestagung der Geschäftsstelle	79
Illingen. Geschäftsstelle	306
Köln. Jahrestagung des Bezirks	78
Lugau. Jahrestagung des Bezirks	110
Lugau. Funktionärkonferenz des Bezirks	412
Mansfeld. Funktionäre. Tagung der	274
Mansfeld. Funktionärkonferenz in	417
Merseburg. Jahrestagung der Geschäftsstelle	86
Mörs. Jahrestagung der Geschäftsstelle	119
München. Jahrestagung des Bezirks	111
München. Verbandstag in	376
Neunkirchen. Jahrestagung der Geschäftsstelle	63
Neunkirchen. Bezirkskonferenz in	267
Neubrück. Funktionärkonferenz in	354
Niederlahnstein. Geschäftsstelle	282
Pfalzbezirks. Jahrestagung des	79
Reichskonferenz am 9. Februar 1930	50
Reichskonferenz. Unsere	58
Reichskonferenz in Berlin. Unsere	381, 320
Ruhrgebiet. Revierkonferenz im	134
Saarbrücken. Jahrestagung des Bezirks	111
Saarbrücken. Revierkonferenz des Bezirks	410
Saargebiets. Konferenz der Sicherheitsmänner und Arbeiterausschüsse des	79
Salzungen. Jahrestagung des Bezirks	86
Schaumburg-Lippe. Jahrestagung der Geschäftsstelle	103
Schaumburg-Lippe. Geschäftsstelle	306
Senftenberg. Verbandstag in	376
Senftenberg. Jahrestagung des Bezirks	135
Siegen. Geschäftsstelle	274
St. Wendel. Jahrestagung der Geschäftsstelle	63
St. Wendel. Konferenz der Geschäftsstelle	306
Wienburg. Jahrestagung der Geschäftsstelle	95
Waldenburg. Jahrestagung des Bezirks	95
Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Gewerkschaften zur	343
Zeig. Konferenz in (Rückblick und Ausblick)	46
Zeig. Betriebsrätekonferenz in	153
Zeig. Bezirk	306
Zwidau. Jahrestagung des Bezirks	103

Deutsche Arbeiterbewegung

Abbruch der Spitzenverhandlungen	212
ADGB. im Jahre 1929	282
Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!	261
Aufruf zur Mithilfe	391
Berliner Metallindustrie. Kampf der	282
Doppelverdiener. Musketen als	14
Fabrikarbeiterverband. Vierzig Jahre	206, 224
Katastrophopolitik. Keine	6
Konferenz sächsischer Gewerkschaftsführer	117
Krankenversicherung. Vorstand des ADGB. gegen die Verschlechterung der	234
Lehrlingshaltung im Schneidergewerbe. Ausichten für	31
Metallarbeiter. Das Haus der	282
Metallarbeiter. Der Verbandstag der	291
Metallgewerbe. Der Schiedspruch im Berliner	374
Sechste Bundesausschussitzung des ADGB.	157
Zehnte Ausschussitzung des ADGB.	415

Internationale

Agrarrevolution. Klippen der russischen	114
Arbeitszeitabkommen. Das internationale	54
Arbeitszeit der Bergarbeiter	171
Bergarbeiter fliehen aus dem Donezbecken	304
Bergarbeiterkongress. Vom Internationalen	163, 171
Bergarbeiterinternationale. Tagung der	19, 39, 406
Brief aus Oesterreich	66
Britisches Kohlengesetz und internationale Ausichten	101
Diktatur in Polen	274
Donezrevier. Die Grubensicherheit im	45
Englisches Bergbaugesetz in Kraft	268
Entschliessungen des Intern. Gewerkschaftskongresses	250
Entwurf eines internationalen Sozialprogramms	157
Erholungsurlaub im Ausland	147
Exekutivkomitee. Das Internationale	122
Frauen im Internationalen Gewerkschaftsbund	297
Fünfjahresplan in Rußland	417
Genfer Kohlenkonferenz. Ertrag der	33
Genfer Kohlenkonferenz. Entschliessungen der	35
Genf. Stimme der deutschen Bergarbeiter in	203

Gefahren und Katastrophen im russischen Bergbau	408
Gewerkschaftskongress. Der englische	311
Grubensicherheit und bergmännische Berufskrankheiten	214
IGB. Vorstandssitzung des	60
Internationale Parlament der Arbeit	242
Internationale Genossenschaftswirtschaft	318
Jolimont-Kratau	145
Kohlenkonferenz. Internationale in Genf	18, 26
Kohlenbergbaugesetz. Das englische	28
Krise der internationalen Sozialpolitik?	319
Lage im polnischen Bergbau	133
Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Donez-Kohlenrevier	329
Lothringer Industriegebiet. Aus dem	7
Neorganisation des britischen Kohlenbergbaues	1
Schicksal der Genfer Bergbauberatungen	219
Siebenstundenschicht. Für die internationale	5
Sitzung des Exekutivkomitees	320
Sowjetunion. Ergebnisse in der	375
Steinkohlenindustrie der Sowjetunion	191
Streik der belgischen Bergarbeiter	264
Streik. Der große nordfranzösische	312
Tschechoslowakei. Die Neuregelung der Bergarbeiterversicherung in der	60
Tschechoslowakei. Uniontagung der Bergarbeiter in der	339
Überall dasselbe	15
Unfälle und Unfallverhütung im polnischen Bergbau	328
Uralkalistrusts. Revisionsbericht des	134
Urlaubsregelung für Bergarbeiter in den internationalen Steinkohlenbergwerken	155
Verbandstag der Bergarbeiter Deutsch-Oesterreichs	193
Von russischen Bergarbeiterverhältnissen	360
Vorentwurf des Internationalen Arbeitsamtes. Uebereinkommen betreffend Festlegung der Arbeitszeit	38
Vormarsch der Reaktion in Polen	400
Vorschlag zu einer Arbeitszeitregelung	234
Was verdienen die Bergarbeiter?	163
Zum Wirtschafts- und Sozialprogramm des IGB.	170
7 1/2-Stundenschicht im Bergbau?	204
14. Internationale Arbeitskonferenz Genf 1930	196

Wahlen

Arbeiterratswahlen auf d. Tschöpelner Braunkohlenwerken	330
Aufruf zu den Betriebsratswahlen	33
Berggewerbegerichtswahl an der Saar	89
Betriebsratswahlen im Bergbau	113
Betriebsratswahl im rheinischen Braunkohlenrevier	144
Ergebnis der Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet	151
Ergebnis der Berggewerbegerichtswahl	117
Ergebnisse der Betriebsratswahlen in Mitteldeutschland	127
Ergebnisse der Betriebsratswahlen in Süddeutschland	127
RPD. zu den Betriebsratswahlen	75
Mahnwort zu den Betriebsratswahlen	59
Neuwahl der Betriebsräte	51
Sicherheits- und Arbeiterauschussmännerwahl im Saarbergbau	149
Vom Arbeiterauschuss zum Betriebsrat	69
Zehn Jahre Betriebsrätegesetz im Bergbau	73

Grubensicherheit und -katastrophen

Alsdorfer Bergwerkskatastrophe	358
Alsdorfer Grubenunglück vor dem Preussischen Landtag	370
Alsdorf. Aufklärungsarbeit für	370
Alsdorf vor dem Reichstag	414
Bergmannstod in Oberschlesien	167
Dieselmotor-Lokomotiven im Kohlenbergbau	312
Erneuter Gasausbruch auf dem Kaliwerk Volkenroda	323
Explosionsgefahren	333
Explosion in der Grube Calmelet	276
Grubensicherheit im Donezrevier	45
Grubensicherheit und bergmännische Berufskrankheiten	214
Grubensicherheit. Zur Frage der	394
Grubenunsicherheit auf Zeche Neumühl	183
Grubensicherheit. Praktische Erfahrungen über die	358
Hier mit dem Grubenkontrolleur für den oberbayerischen Bergbau!	159
Herr Holtermann und Hausdorf	256
Immer wieder Schlagwetterentzündungen durch elektrische Lokomotiven	275
Katastrophe auf der Friedenshoffnungsgrube vor Gericht	142
Katastrophe auf dem Kaliwerk Wienburg	165
Massenunglücken. Gedanken zu den	383
Maybachkatastrophe vor dem Landesrat	398
Mehr Schutz den Bergarbeitern	415
Mitteilungen über das Ergebnis des Preisausschreibens für Bohrstaub	157
Nachwort zu Hausdorf	255
Noch immer Schwindel um Neurode	283
Pferde oder Maschinen?	402
Preisausschreiben für Unfallverhütung	27
Schlagwetterexplosionen? Wie entstehen	369
Schlagwetter! Zwei Tote, sechzehn Verletzte (Saargebiet)	267
Schwarze Fahnen über Breslau	225
Ueber 260 fraß der Dämon!	349
Unfall auf der Heimiggrube	55
Volkenroda. Erneuter Gas- und Delausbruch auf dem Kaliwerk	371
Wahl demagogie	270
Wieder ein Unglück, von welchem Saarbergarbeiter betroffen wurden	283
Zum Unglück von Hausdorf	267
98 Tote! Und wieder	357

Berzelles

Brentano, Lujo	2
Dunker, Anton, 25 Jahre Verbandsangestellter	67
Ein Knappschaftsjubiläum	45
Ein verdienter Jubilar in Weisstein	168
Glickauf zum 25jährigen Verbandsjubiläum (Weidart)	282
Held, Johann, 60 Jahre alt	276
Jochmann 40 Jahre Verbandsmitglied	133
Nordstiel, Heinrich, 70 Jahre alt	307
Preczang, Ernst	26
Rigmann, Franz, tot	62
Richardson tot	288
Schneider, Fritz, 60 Jahre alt	143
Undeutsch, Albin, tot	87
Waldecker, Fritz, 65 Jahre alt	323
Wahrmuth, Wilhelm	350
Wismann, Georg, 60 Jahre alt	419
Zwei Jubilare	13

Kommunisten

Bergarbeiter fliehen aus dem Donezbecken	304
Bergarbeiter, die Augen auf!	235
Deutsche Bergarbeiter nach Rußland	264
Ein „Führer“ der RGD.	291
Ein Harlekin gegen Hufemann	298
Eine „mächtige“ revolutionäre Gewerkschaftsbewegung	416
Erklärung der Rußlandfahrer	402
Falsche Berichte	15
Internationaler Bergarbeiterkongress	163
In Sachen Biesang	306
Kampfkomitees und „Maffen“demonstrationen	207
Kampftaktik der RGD. im Bergbau	322
Klassenbewusste Oppositionspolitik	15
Klippen der russischen Agrarrevolution	114
Kommunistischer Bergarbeiterverband	113
Kommunistische Zersplitterungsarbeit	159
Kommunistische Feiglinge	167
Kommunistisches Kartell wirtschaftlicher Organisationen	182
Kommunistische Tarifkündigungsatomie	256
Kommunistische Gewerkschaftsspalter	323
Kommunistischer Streik „erfolgt“	418
KPD. zu den Betriebsratswahlen	75
KPD. will nur die Gewerkschaften zerschlagen	151
KPD. im nationalistischen Fahrwasser	294
Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale	304
Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Donez-Kohlenrevier	329
Lügnerrische Berichterstattung	117
Merker kaltgestellt	126
Mystifikation politischer Lumpen. Eine	378
Parteierräter ausgeschlossen	70
„Revolutionäre“ Gewerkschaftstaktik	45
Revolutionäre Typen	167
RGD. und Ortsverwaltungswahlen	394
Rote Gewerkschaften	161
Rote Betriebswehren	314
Rubelblättchen „Ruhr-Echo“	39
„Ruhr-Echo“. Zum Prozeß Hufemann gegen	392
Sobottka. Der Verleumder	376
Sowjetunion. Ergebnisse in der	375
So sehen sie aus! (Opposition)	47
Tapfere rote revolutionäre Betriebsräte	127
Taten der „Revolutionäre“	283
Tätigkeit der revolutionären Betriebsräte auf Westfalen	251
Verleumdungen gegen Hufemann. 300 M. Geldstrafe für	387
Verlagen der „roten“ Betriebsräte	82
Von russischen Bergarbeiterverhältnissen	360, 395
Wie die RGD. arbeitet	339
Zerstörungstaktik. Die neue	151
1000 Fr. für Verleumdung	39

Unsere Gegner

Bergbaulicher Verein zu Zwidau	275
„Bergknappe“ auf dem Kriegspfad	278
Christliche Gewerkschaften und Wahlkampf	273
Christliche Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung	290
Das andere Deutschland	345
Das wahre Gesicht des Nationalsozialismus	286
Demagogischer Kampf gegen sozialisierte Betriebe	60
„Der Deutsche Arbeiter“	416
Der Schrei nach Arbeitergeld	13
Donquichotterien gegen den Marxismus	329
Eine Antwort an die Selben	54
Eine nationalistische „Gewerkschaft“	202
Eine zerbrochene Werksgemeinschaft	282
Gegen kapitalistische Diktatur	288
Gelbe Werksparassen	54
Geschäftsbericht von drüben	74
Haß macht blind	115
Hier mit der Neunstundenschicht	342
Hitler und die Gewerkschaften	368
In Sachen Biesang	306
Irreführende Berichterstattung des alten Verbandes?	393
Mißbrauchte Korrespondenz	23
Neue Kampfansage der Schwerindustrie	366
Noch immer Schwindel um Neurode	283
Roschrei der westdeutschen Unternehmer	366
Parteierräter ausgeschlossen	70

Reinfall eines Denunzianten	275
Soziale Reaktion hat eine planmäßige Offensive eingeleitet	296
Stahlhelm und Braunkohle	303
Streikstrategie der Unternehmer	399
Tätigkeitsbericht des Dinta	198
Traurige Rolle der Christen	298
Unternehmer im Kampf gegen Sozialversicherung	48
Verlagen der „roten“ Betriebsräte	82
Verleumder am Pranger	275
Wertgemeinschaftsparadies auf der Grube Beuna	418
Weshalb die christlichen gegen die freien Gewerkschaften hegen	290
Zweierlei Maß	338

Kameradentreis

Nachener Steinkohlenrevier. Um Lohn u. Arbeitszeit im —	383
Agitation im Reichstuhl für den christlichen Gewerksverein	159
Arbeiterentlassungen im Wintershallkonzern	102
Aus unserer Beschwerdemappe	22
Aus dem Bericht der Saarnknappschafft für 1928	22
Aus dem Bensberger Erzbergbau	94
Auslegungskunst der mitteld. Braunkohlenunternehmer	174
Bedeutung der Vertrauensärzte für die Unfallverletzten	323
Belegschaftsabbau an der Ruhr	314
Bergmannsiedlungsgefetz vom 10. März 1930 und Miet-	
zinssteuer	236
Betriebsratswahl im rheinischen Braunkohlenrevier	144
Bezirk Zeig. Jubiläumfeier im —	376
Brüderfrankenhaus zu Dortmund	30
Brutale Unternehmerwillkür	411
Cäsar. Gedingeregelung auf —	386
Die gute, alte, vergangene Zeit	315
Die hohen Tagesarbeiterlöhne in der Prags	143
Die soziale Preußag	15
Dr. Mathias im Kampf gegen die Unfälle	410
Durchbruchschlacht im Geiseltal	47
Ehepaar Gustav Sobotta fühlt sich beleidigt	71
Ein dankbares Mitglied	244
Eine Antwort an die Selben	54
Einer von vielen	54
Ein neuer Befehl	176
Ein neuer Prophet Gustav Hart	54
Ein Preisrätsel an der Ruhr	288
Ein seit langem erstrebtes Ziel erreicht	46
Einspruch bei Kündigung	102
Einsturz einer Abraum-Förderbrücke. (Elf Tote)	395
Ein unmöglicher Gewerkschaftsangestellter	403
Ein unästhetisches Prämienystem	30
Endresultat der Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet	151
Entlassungen auf Zeche Westfalen	394
Erfolg des Verbandes	159
Erneuter Gasausbruch auf dem Kalkwerk Volkenroda	323
Explosionsunglück in Delsnik	102
Folgen des Einmannsystems	102
Förderung des Sprengelartsystems	46
Funktionärkonferenz des Bezirks Luga	412
Gelben tauchen wieder auf	330
Gelbe Werkspartassen	54
Her mit dem Grubentrolleur für den oberbayerischen	
Bergbau!	159
In der Niederlausig	10
Kampf gegen Mieterhöhung in der Treuhandstelle Essen	206
Kampf um die Rente	102
Katastrophe auf der Friedenshoffnungsgrube vor Gericht	142
Konferenz in Zeig. (Rückblick und Ausblick)	46
Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre in Sachsen	403
Kommunistische Zersplitterungsarbeit	159
KPD. will nur die Gewerkschaften zer schlagen	151
Kritik an Verbandsangelegenheiten	256
Kündigungen, Feierschichten und Wollsegen	267
Lage in der Egelter Mulde	55
Neues Knappschafftskrankenhaus in Hamm i. W.	418
Nottschrei aus dem rheinischen Braunkohlenrevier	371
Nottschrei aus Niederschlesien	419
Rot der Schieferarbeiter	94

Rächer. Der —	386
Revierkonferenz in Halle	330
Rheinischer Braunkohlenbergbau	314
Rubelblättchen „Ruhr-Echo“	39
Schachtanlage Gräfin Johanna	134
Schiedspruch für die untere Bahn	354
Schwarzes Revier	134
Sektion 7 der Knappschaffts-Berufsgenossenschaft (Zwidau)	275
Sind die Bergarbeiter schutzlos?	387, 402
Sittenwidriger Bergarbeiterfilm	175
Sobotta. Der Verleumder —	378
Sonderbares Verhalten der Sektion II der Knappschaffts-	
Berufsgenossenschaft	274
Sonntagschichten müssen bezahlt werden	159
So sehen sie aus! (Opposition)	47
So sehen sie aus!	244
Soziale Not der Braunkohlenarbeiter	322
Steigerung der Seilfahrtgeschwindigkeit	15
Stilllegungsseuche wütet	151
Stillelegung der Gewerkschaft Volkenroda bei Menteroda	411
Südharzer Erzbergbau	11
Tätigkeit der revolutionären Betriebsräte auf Westfalen	251
Terror und Betriebsdiktatur	207
Terror in Polnisch-Oberschlesien	395
Treuebekenntnis der Verbandsfunktionäre zur SPD.	267
Ueber 1 Million Mark Straf gelder im Ruhrbergbau	105
Um die Staublungenenerkrankung in der Schieferindustrie	170
Um Lohn und Brot des Bergmanns	347
Unfall auf der Heiniggrube	55
Unternehmerpraktiken im Schweizer Bergwerksverein	143
Volkenroda. Erneuter Gas- und Delausbruch auf dem	
Kalkwerk —	371
Vollsfürsorge und das Neuroder Grubenunglück	314
Vom Oberkirchener Wert	307
Was alles in Ordnung?	166
Weitere Kündigungen an der Ruhr	143
Wertgemeinschaftsparadies auf der Grube Beuna	418
Wie stehts in der Geschäftsstelle Gießen?	94
Wohnbaracken oder Erziehungshäuser	15
Zeche Minister Achenbach, Schacht 4	298
Zu den Ortsverwaltungswahlen im Bezirk Zeig	30
Zum Lohnstreit in Niederschlesien	47
Zur Lage im thüringischen Schieferbergbau	144
Zur Explosion auf Kalkschacht Volkenroda	215
Zweierlei Maß	191
1000 Fr. für Verleumdung	39
88 000 Ruhrbergarbeiter weniger!	391

Saargebiet

Abfahrtskriese im Saarbergbau	87
Aus dem Jahresbericht der Saarnknappschafft 1928	46
Aus der Sozialversicherung	135
Beitrag von 6 Fr. für die Saarnknappschaffts-pensionäre	307
Bergarbeiter schutz bei den Verhandlungen über die Rück-	
gliederung des Saargebiets	267
Bergarbeiter und kommunistische Gewerkschaftspalter	347
Berggewerbegerichtswahl an der Saar	89
Berginspektion Louffenthal	347
Bezirk Fraulautern	282
Bezirkskonferenz in Neunkirchen	267
Bezirkskommission zur Arbeiterentlassung	182
Christlicher Gewerksverein und die Zentralorganisation	183
Christlicher „Saar-Bergnappe“ auf dem Dummensfang	307
Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten	184
Ein Verleumder am Pranger	403
Entlassungen im Saarbergbau	166
Erfolg des Verbandes in der Krankenversicherung	307
Ergebnis der Berggewerbegerichtswahl	117
Explosion in der Grube Calmelet	276
Grube Maybach	395
Hände weg von den Saarbergwerken	25
Heße gegen Knappschafftsälteste des Verbandes	94
Im Kampf um die Arbeiterrechte	239
In eigener Sache	200
Inspektion von der Heydt	183
Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in bezug auf	
Elßaß-Lothringen	117

Jahresarbeitsverdienst für Unfallrentner	110
Jahresbericht der Bergbehörde im Saargebiet	207
Jahreskonferenz der Geschäftsstelle St. Wendel	63
Jahreskonferenz der Geschäftsstelle Neunkirchen	63
Jahreskonferenz des Bezirks Pfalz	79
Jahreskonferenz der Geschäftsstelle Fraulautern	79
Jahreskonferenz der Geschäftsstelle Illingen	79
Jahreskonferenz des Bezirks Saarbrücken	111
Kampf um die neue Knappschafftsnovelle an der Saar	63
Kampf um die neue Knappschafftsnovelle	93
Klage der Bergarbeiter von Grube König gegen den	
Fahrtsteiger Knobloch	283
Kläglicher Hereinfall des Herrn Otto Fried	117
Knappschafftsnovelle eine Mißgeburt	149
Kommunistische Gewerkschaftspalter	323
Konferenz der Knappschafftsältesten	46
Konferenz der Sicherheitsmänner und Arbeiterauschüsse	
des Saargebiets	79
Konferenz der Geschäftsstelle St. Wendel	306
Konferenz der Geschäftsstelle Illingen	306
Konferenz der Knappschafftsältesten	354
Krankenilfe für Unfallverletzte	109
Lage im Saarbergbau	117
Linke Rheinseite ist frei!	224
Nachträgliche Berichtigung der Berggewerbegerichtswahl	
auf Grube Frantenholz	183
Neues Saarnknappschafftsrecht	158, 166
Neuregelung der Familienfürsorge bei der Saarnknappschafft	346
Politik der französischen Grubenverwaltung	182
Privatkapitalistische Quertreibereien?	101
Revierkonferenz des Bezirks Saarbrücken	410
Saargruben im 1. Vierteljahr 1930	207
Saargruben im ersten Halbjahr 1930	307
Saarindustrie fordert Abbau der Kohlenpreise	323
Saarnknappschafft	30, 252, 333
Saarverhandlungen veragt!	233
Schlagwetter! Zwei Tote, sechzehn Verletzte!	267
Sicherheitsmännerwahl im Saargebiet	121
Sicherheitsmännerwahl im Lothringer Bergbau	315
Sicherheitsmännerwahl auf Grube Dechen	395
Sicherheits- und Arbeiterauschüßmännerwahl	149
Unsere Rechtsschutzfolge	259
Verkauf der Deputatkohlen ist im Saarbergbau verboten	259
Verfälschung für Invalidenrentner	86
Verfälschung in der Krankenversicherung	292
Was Herr Steinacker berichtet	299
Was wird mit der Saar?	201
Wieder ein Unglück, von welchem Saarbergarbeiter be-	
troffen wurden	283
Wie wird der § 43 der Arbeitsordnung gehandhabt?	260
Wo bleiben die Ausführungsverordnungen zur Unfallver-	
sicherung?	109
Zur Beachtung für die im Saarbergbau entlassenen Mit-	
glieder des Saarnknappschafftsvereins	183
Zur Sicherheitsmännerwahl	93

Generalversammlung

Abänderungsanträge zum Statut	21
An die Verbandsmitglieder	9, 21, 185, 253
Aus den Anfängen des schlesischen Bergbaues	230
Breslau, die Metropole Schlesiens	227
Breslau, die Stadt Ferdinand Lassalles	229
Deutschlands Bergwirtschaft seit Magdeburg	232
Einteilung der Wahlabteilungen	61
Erwachen des revolutionären Gedankens bei den schlesi-	
schen Bergarbeitern	231
Geschichtliches über Schlesien	228
Nachwort zu Hausdorf	255
Parole Breslau: Vorwärts!	226
Soziale Kämpfe im alten Breslau	228
Sozialdemokratie in Breslau	229
Unsere Generalversammlung	101
Unsere 27. Generalversammlung in Breslau	237
Von unserer Breslauer Verbandstagung	245, 254
Wahlordnung	21
Wie die schles. Bergarbeiter 1848-49 Revolution machten	231

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Pfg. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zelle oder deren Raum 40 Pfg. • Platzvorschriften ausgeschlossen. Postfach-Konto Hannover Nummer 578 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Kaiserstraße 34. • Telefon-Nummer 608 21. • Telegrammadresse: Mittelverband Bochum.

Rückblick auf das Kampfsjahr 1929.

Das Leben der Völker ist ausgefüllt mit dem Kampf um den Nahrungsspielraum und den Kampf um die Freiheit. Der Kampf um den Nahrungsspielraum geht um die Existenz der großen Völkermassen, um Produktion und Verbrauch, wie um den Anteil am Ertrag der Produktion, um Lohn und Profit. Der Kampf um die Freiheit wird geführt für Kulturgüter und freie Lebensgestaltung; sie richtet sich gegen soziale und nationale Unterdrückung. Diese Kämpfe vollziehen sich im Staatswesen als Kämpfe von Klassen, deren Kräfteverhältnisse auch die äußere Politik des Staates wesentlich bestimmen. Sie entscheiden letzten Endes auch über Krieg und Frieden.

Wie hat sich nun der Kampf gestaltet, was waren die Ergebnisse im Jahr, das jetzt zur Neige ging?

Kampf um den Frieden!

Die arbeitenden Massen wollen den Frieden, sie verwünschen den Krieg und seine Urheber. War ihr Druck stark genug, um die führenden Staatsmänner zu einer energiegelassen Friedenspolitik zu zwingen? Der Kellogg-Pakt, der die Wechsellage des Krieges ausdrückt und den Krieg zu einem Verbrechen stempelt, war zweifellos ein Fortschritt, wenn man auch über seine Tragweite heute noch nichts Bestimmtes sagen kann. Die geringen Erfolge des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage, die auch in diesem Jahre nicht vorwärts kam, das Versagen des Völkerbundes in der Mandatspolitik sind keine günstigen Zeichen für die Befestigung des Weltfriedens. Eine viel stärkere Garantie dafür sind die Friedensbestrebungen der englischen Arbeiterregierung, die sowohl in den Arbeiten des Völkerbundes, wie bei den Verhandlungen Englands mit den Vereinigten Staaten für die Abrüstung in Erscheinung traten und noch kräftiger in zwei Gebieten der nationalen Unterdrückung, in Ägypten und Indien, wo die englische Arbeiterregierung die nationale Freiheit diesen Völkern nicht länger vorenthalten will. Für die Aussichten des Weltfriedens sind die Veränderungen, welche sich in den Herrschaftsverhältnissen der Demokratie und des Faschismus ergaben, von erheblicher Bedeutung. Demokratie bedeutet noch keinen Frieden, sie ist aber die Voraussetzung dafür, während der Faschismus seinem Wesen nach kriegerischer Natur ist. In Italien konnte sich der Faschismus durch den Frieden Mussolinis mit dem Vatikan heftigen, wenn es auch zweifelhaft ist, wie weit die Unterstützung des Faschismus durch die Kirche gehen wird. Die Bilanz des Jahres zeigt trotzdem im Gesamtbild eine Verschiebung zugunsten der demokratischen Kräfte der Welt. Die Diktatur in Rumänien und Litauen wurde gestürzt, wenn auch ihre Nachfolger vom Ideal einer Demokratie noch weit entfernt sind. Die Diktatur in Spanien, ebenso wie die in verhüllter Form vorhandenen Diktaturen Bolens und Ungarns standen am Ende des Jahres wesentlich geschwächt da. Als Sinnbild für die Entwicklung in der Richtung der Demokratie steht die Einigung in der Verfassungsfrage in Oesterreich, durch die die drohende Diktatur abgewehrt wurde. Es hat sich auch in Oesterreich gezeigt, daß die demokratischen Kräfte sich doch als stärker erwiesen als das Maulheldentum der Heimwehrfaschisten.

Auf verschiedenen Gebieten erfolgte

eine internationale Zusammenarbeit

der Staaten, die unter Umständen zur Befestigung des Friedens beitragen könnte. Als eine solche friedensfördernde Tatsache kann die endgültige Regelung der Reparationsfrage durch den Young-Plan angesehen werden. Die Befreiung der besetzten Gebiete Deutschlands und die beabsichtigte Räumung des Saargebietes werden insbesondere zur Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen beitragen. Auch in wirtschaftlicher Beziehung versuchte der Völkerbund im Sinne des Wirtschaftsfriedens unter den Ländern hinarbeiten. Der Vorschlag für einen zweijährigen Zollfrieden, für Zollabbau, für die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote und die internationale Regelung der Weltkohlenfrage gehören auf dieses Blatt. Freilich sind die Ansätze ziemlich schwach, ihr Erfolg steht noch dahin und ist bei weitem nicht ausreichend für die Aufhebung der wirtschaftlichen Konflikte unter den verschiedenen Ländern, die in den kapitalistischen Interessengegensätzen begründet sind. Man kann unter keinen Umständen sagen, daß die Kriegsgefahr durch die bisher getroffenen Organisationsmaßnahmen gebannt sei, weder der Krieg unter den Staaten noch der Bürgerkrieg. Der Ausbruch des russisch-chinesischen Krieges wurde in der letzten Minute verhindert. In China selbst tobt der Bürgerkrieg weiter, zum Teil als Auflehnung gegen die Diktatur von Tschang-Kai-Schek, zum Teil als ein Kampf der Generale. Und erst in der letzten Zeit konnte man von der Vergewaltigung der kleinen Insel Haiti durch den Imperialismus der Vereinigten Staaten lesen.

Kampf um das Brot!

Das Jahr 1929 stand im Zeichen der Ueberproduktion. Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz in den wichtigsten Ländern war unverkennbar. Am deutlichsten trat dies in Erscheinung in der Weltagrarkrise. Der Ausbau der Produktionsmittel schreitet vorwärts, die absteigenden Maschinen werden vermehrt und setzen überall Arbeitskräfte frei. Um sie unterzubringen, wäre eine gewaltige Menge neuen Kapitals nötig, das aber fehlt, da das vorhandene vielfach in Form

falscher und unnötiger Anlagen verpulvert ist. Trotz Trusts und Kartelle ist keine Spur einer Planwirtschaft vorhanden und die Kaufkraft der Verbrauchermassen ist geringer, als die Produktionskraft der Produktionsmittel. Verfinnbildlich wird diese Entwicklung neben der Weltagrarkrise auch in der allgemeinen Krise der Textilindustrie, die in allen wichtigen Ländern mit entwickelter Textilproduktion mehr oder weniger zu beobachten ist. Die Feststellung, daß die Weltkonjunktur im Jahre 1929 im allgemeinen nicht ungünstig war, muß mit den geschichtlichen Einschränkungen verstanden werden: die Produktion wuchs, jedoch nicht in den richtigen Proportionen; die Bedürfnisse der Bevölkerung konnten nicht besser befriedigt werden als zuvor.

Der Kampf um das Kapital!

Wenn die Unterbringung der Erwerbssuchenden, vor allem auch jener, die durch die Maschinen freigesetzt wurden, von dem neuen Kapital abhängt, das zur Versorgung der Arbeitskräfte mit Produktionsmitteln nötig ist, so hängt offenbar das wirtschaftliche Schicksal dieser Massen wesentlich vom Vorhandensein jener Kapitalien ab. Das Kapital ist aber ungleichmäßig verteilt. In dem einen Land ist es im Ueberfluß vorhanden, im anderen bleibt es stark unter dem Bedarf. Im Jahre 1929 verursachte die ungleichmäßige Verteilung der Kapitalkräfte weit größere Schwierigkeiten als in anderen Jahren. Die gewaltige Börsenspekulation in den Vereinigten Staaten, die erst gegen Ende des Jahres zusammenbrach, verhinderte die Kapitalausfuhr Amerikas, ja zog mit magnetischer Kraft auch noch große europäische Kapitalien in das kapitalreiche Amerika. Die Folge war die Untererföderung der Länder, die einen unbefriedigten Kapitalbedarf haben. Deutschland, noch mehr aber die osteuropäischen Länder waren die Leidtragenden für diese Entwicklung. Die Erschließung neuer Wirtschaftsgebiete erfuhr ebenfalls Hemmungen durch die Hindernisse der Kapitalausfuhr, die sich auch sonst nicht an jene Stellen richtet, wo sie volkswirtschaftlich am nützlichsten wäre, sondern dorthin, wo die größten und raschesten Profite winkten.

Kampf um den Anteil an der Produktion!

Das Ergebnis dieses Kampfes in diesem Jahre war zweifellos eine Verschiebung zugunsten der Unternehmerprofite, insbesondere der Profite der Finanzoligarchie und der in nationalen und internationalen Trusts und Kartellen zusammengefaßten Großunternehmungen. Zwar haben sich 1929 die internationalen Kartelle im allgemeinen nicht befestigt, eher war noch eine Tendenz zur Auflösung bei vielen internationalen Kartellen fühlbar. An der anderen Seite machte aber die Kapitalverflechtung, die Entstehung von Mammutunternehmungen im nationalen und internationalen Maßstabe, die gegenseitigen Beteiligungen des Industrie- und Finanzkapitals weitere große Fortschritte. Gewaltige Gründergewinne wurden eingehemmt sowohl auf Kosten der Besitzer von kleinen Kapitalien, der kleinen Aktionäre, wie auf Kosten der Arbeiterschaft.

Auf den europäischen Börsen, seit Spätherbst auch auf den amerikanischen, herrschte eine Krise, die Aktienkurse sanken. Diese Entwicklung, für die vor allem die geschickte amerikanische Spekulation verantwortlich war, hat weitere Verschiebungen zugunsten der Großkapitalisten herbeigeführt. Die kapitalträchtige Finanz- und Industrieoligarchie konnte durch den billigen Erwerb der Aktien ihre Herrschaft weiter befestigen und ihren Besitz vermehren. In der Bank für internationale Zahlungen (Weltbank) schuf sich das internationale Finanz-

kapital ein neues Instrument, das allerdings nicht nur unter diesem Gesichtspunkt, sondern auch als eine wichtige Maßnahme für die Organisation des internationalen Geld- und Kreditwesens zu werten ist.

Kampf um die Gemeinwirtschaft!

Die verstärkte Macht des Industrie- und Finanzkapitals hat dessen Angriffslust erhöht. Die Bestrebungen zur Ausdehnung und Befestigung der öffentlichen Wirtschaft trafen in diesem Jahre auf einen heftigeren Widerstand als zuvor, und zwar nicht allein in Deutschland. Das private Kapital ist bemüht, die öffentliche Wirtschaft einmal von den Kapitalquellen abzusperrn, zum anderen auch in die Stellen einzubringen, die als Versorgungsbetriebe für die öffentliche Wirtschaft besonders geeignet sind. Auch gegen die Genossenschaften richtet sich die Offensive des Privatkapitals: durch Entziehung von steuerlichen Vorteilen soll ihnen der Konkurrenzkampf mit den privaten Unternehmern erschwert werden, auf der anderen Seite werden sie von den großen Warenhäusern bedrängt. Trotz dieser Bestrebungen war die Stoßkraft der öffentlichen Wirtschaft wie der Genossenschaften und anderer gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen, darunter der von der Arbeiterklasse gegründeten, stark genug, um sich gegen alle Anfeindungen zu behaupten, ja sich weiter zu entwickeln.

Kampf um die soziale Freiheit

und um Sozialpolitik! Auch der Kampf der Arbeiterklasse für die Würde der Arbeit — damit der Arbeiter nicht nur als die leblose Maschine rechtlos im Produktionsprozeß stehe, sondern sein Selbstbestimmungsrecht erlange — und für die Sicherung der Existenz gegen die Gefahren des Arbeitslebens, wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, stieß in diesem Jahre auf große Schwierigkeiten. Die Wachtregierung der englischen Arbeiterregierung hat zwar auch der Sozialpolitik einen neuen Anstoß gegeben, der sich auch in der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes geltend machte. In anderen Ländern, vor allem in Deutschland, ging aber die Unternehmungsklasse in die Offensive gegen die Sozialpolitik über. Recht bezeichnend für die Erstarkung dieser Strömungen ist die Sabotage der Sozialversicherung in Frankreich, wo das bereits angenommene Gesetz vor seiner Durchführung in wichtigsten Teilen zugunsten der Arbeiterschaft zurückgebildet wurde. Trotz allem ist die Stoßkraft der sozialpolitischen Bestrebungen so groß, daß man im ganzen doch von einem Fortschritt der sozialpolitischen Gesetzgebung auch im Jahre 1929 berichten kann. Im Zeitabschnitt des stabilisierten Kapitalismus erfolgt der Emanzipationskampf der Arbeiterklasse in vielen Ländern hauptsächlich in der Form des Kampfes um Wirtschafts-demokratie und Sozialpolitik. Dafür werden sozial Kräfte eingeleitet, daß zwar eine Verlangsamung, nicht aber ein Stillstand des Fortschrittes auf diesen Gebieten eintreten kann.

Auch die tragenden Kräfte dieser Entwicklung,

die Organisationen der Arbeiterklasse,

die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien, haben im abgelaufenen Jahre eine durchweg günstige Entwicklung genommen, sowohl was ihre Mitgliederzahl und Finanzkraft, wie ihre geistige Ausrüstung anbelangt. So kann man die Tatsache feststellen, daß die Kräfte in beiden antagonistischen Lagern stärker geworden sind: sowohl die Unternehmer wie die Gewerkschaften haben an Stärke gewonnen. Diese Entwicklung läßt es erwarten, daß die Klassenkämpfe in Zukunft an Intensität zunehmen. Gilt es doch, einem an Macht stark gefestigten Klassengegner zu begegnen. Wo die Gefahren wuchsen, wächst auch der Wille zur Abwehr. Davon erwarten wir günstige Auswirkungen für den Kampf gegen die heutige Wirtschaftsordnung, neue Kräfte für den Sozialismus.

Reorganisation des britischen Kohlenbergbaues.

In ihrem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die schlechten Arbeitsbedingungen und den sozialen Rückgang im allgemeinen sind sich die Mitglieder der britischen Arbeiterregierung allzeit darüber klar gewesen, daß nur dann dauerhafte Resultate erzielt werden können, wenn es gelingt, das ganze britische Wirtschaftsleben anzuregen und auf eine gesündere Basis zu stellen. Diese Auffassung hat man auch bei der Behandlung der Frage des Kohlenbergbaues im Auge behalten. Für den gewerkschaftlichen Beobachter außerhalb Großbritanniens sind es natürlicherweise gerade diese Erwägungen, die Interesse und Aufmerksamkeit finden. Denn für ihn stellt sich in erster Linie die Frage: Inwieweit werden die Maßnahmen in Großbritannien einer internationalen Koordinierung der Kohlenwirtschaft im allgemeinen zugute kommen? Er denkt in diesem Zusammenhang an die nachahmenswert straffe Organisation der Kohlenindustrie gewisser Länder des Kontinents, die Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamtes zugunsten der schwerkranken Kohlenindustrie, die vereinzelt — über die Grenzen eines einzelnen Landes hinausgehenden — Marktregelungsversuche gewisser Unternehmertreife usw.

In dieser Hinsicht ist es wichtig, gleich von Anfang an festzustellen, daß von den drei Maßnahmen, die dem nunmehr dem britischen Parlament vorliegenden Gesetz betr. die Kohlenwirtschaft zugrunde liegen (Herabsetzung der Maximalarbeitszeit um eine halbe Stunde, Errichtung eines nationalen Lohn- und

Schlichtungsamtes und Zusammenlegung bzw. Syndizierung der Kohlenwirtschaft), die dritte prinzipiell am wenigsten umstritten ist. Die auf diesem Gebiete in Aussicht genommenen Schritte sind denn auch nicht die ersten derartigen Bestrebungen. Vor dem Kriege waren an der Förderung der britischen Kohle etwa 3300 Gruben beteiligt, die nicht weniger als 1500 Eigentümern gehörten. Im Jahre 1924, nach verschiedenen Erhebungen und Empfehlungen königlicher und anderer Kommissionen, gab es immer noch 2718 Gruben und 1400 Eigentümer. In dem Maße, wie die Lage der Industrie verzweifelter wurde, immer mehr Gruben mit Verlust produziert und die Gewerkschaften ihre Propaganda zugunsten einer vernünftigen Kohlenwirtschaft verstärkten, kam aber auch die Einsicht. Seit 1926, d. h. seit dem großen Konflikt im Kohlenbergbau, der nicht zuletzt auch aus solchen Problemen herauswuchs, machte der freiwillige Zusammenschluß erhebliche Fortschritte. Zwischen 1927 und 1929 kamen sogar zwischen den drei größten Distrikten, d. h. zwischen Schottland, den sogenannten fünf Grafschaften und Südwales (die zusammen 70 Prozent der gesamten britischen Kohlenproduktion fördern), Marktregelungen zustande.

Was das besagte Gesetz auf diesem Gebiete an Neuem bringt, ist vor allem das Prinzip, daß jene Unternehmer, die auch jetzt noch nicht zur Einsicht gekommen sind, gesetzlich gezwungen werden sollen, sich den Maßnahmen zur Regelung und Rationalisierung des Marktes anzu-

schließen. Dieser Schritt, der einem Beobachter des Kontinents vielleicht nicht so außergewöhnlich erscheint, da man dort schon oft von Zwangs syndikaten oder sogar von Strafzahlungen insofern überschrittener Quoten gehört hat (Internationale Stahl-Fabrik), bedeutet für Großbritannien eine gewaltige Neuerung und grundsätzliche Neuorientierung. Man muß sie mit britischen Augen betrachten, um sie ganz begreifen zu können. Wir zitieren deshalb nachstehend den diesbezüglichen Teil eines vom „Manchester Guardian“ unter dem Titel: „Ein Schlag gegen das laissez faire“ veröffentlichten Artikels:

„Wenn das Parlament über Arbeitszeit und Löhne Gesetze erläßt, so ist dies nicht ungewöhnlich. Wenn es hingegen die Syndizierung der Bergherren obligatorisch macht und einen Apparat für diesbezügliche Regelungen errichtet, so bedeutet dies eine wichtige Neuerung. Ein Parlament der viktorianischen Zeit wäre über den bloßen Gedanken einer Vorlage zur Regelung des Handels und der Einschränkung der individuellen Produktions- und Verkaufsfreiheit einfach entsetzt gewesen. Ohne Zweifel wird auch jetzt der Ruf gegen die Begrenzung des privaten Unternehmens ergehen, wahrscheinlich jedoch mit wenig Wirkung. Denn die Vorschläge kommen in erster Linie von den Bergherren selber, die theoretisch zu den schlimmsten Individuen zählen, die man sich denken kann. Ueberdies gibt es in bezug auf die Notwendigkeit einer straffen Organisation des Kohlenbergbaues keine Zweifel mehr. Liberale, Konservative und Arbeiterpartei gehen darin einig. Das Prinzip wurde sogar von der konservativen Regierung im Jahre 1926 gesetzlich bestätigt. Endlich folgt das Parlament nur einem Beispiel, das die deutsche Regierung schon vor zehn Jahren gab und das scheinbar der Industrie durchaus keinen Schaden zugefügt hat. Der Kohlenbergbau wird das Problem der Ueberproduktion nie lösen können, solange sich die Produzenten nicht zusammenschließen, um zu verhindern, daß die Preise dauernd unter die Produktionskosten gedrückt werden.“

Fragen wir nach den Einzelheiten des uns hier speziell interessierenden Teiles des Gesetzes, so ergibt sich folgendes Bild: Wenn auch die Vereinigung der Bergherren zu dem die Rationalisierung des Marktes betreffenden Teil des Gesetzes ihre Zustimmung gegeben hat, so bedeutet dies noch nicht, daß alle Schwierigkeiten überwunden sind. Denn die besagte Vereinigung umfaßt nicht alle Gruben und es gibt unter den Bergherren eine Minderheit, welche gegen jegliche Reorganisation ist.

Die Produktionszuteilung

Soll wie folgt geschehen: In den 21 Distrikten, die die Grundlage des ganzen Planes sind, sollen die Unternehmer Distriktsämter

errichten, die für jedes Unternehmen (die Einheit ist die Firma bzw. das Unternehmen, nicht die einzelne Grube) auf Grund der Durchschnittsproduktion während einer gewissen Zeit Grundquoten festsetzen. Ein nationales Amt, das laut Gesetz zur Festlegung eines nationalen Produktionsmaximums befugt ist, wird jedem einzelnen Distrikt die auf ihn entfallende Quote zuschreiben. Die Distriktsämter sollen diese Quoten wieder über die einzelnen Firmen verteilen. Wird die Quote überschritten, so können Strafen auferlegt werden. Das Gesetz gestattet, daß die einzelnen Firmen einander Quoten verkaufswise abtreten könnten, wodurch ein Konzentrationsprozeß unter den ergiebigsten Gruben begünstigt werden soll. Während die Quote für die Distrikte bindende Kraft hat, sobald sie einmal festgesetzt ist, ist die Fixierung im nationalen Amt so geregelt, daß die nationale Quote je nach der in- und ausländischen Marktlage schnell abgeändert werden kann. Damit wird der Vorwurf vermieden, daß es sich bei den neuen Maßnahmen um eine dauernde Stabilisierung der Produktion handelt. Auch unter den einzelnen Distrikten sind Zusammenlegungen der Produktion möglich. Alle derartigen Pläne müssen vom Handelsministerium gutgeheißen werden, ferner hat dieses das Recht, in letzter Instanz für die einzelnen Distrikte Pläne aufzustellen und zur Ausführung zu bringen. Endlich hat jeder Unternehmer das Recht, seine Klagen einem unabhängigen Schiedsgericht zu unterbreiten.

Von besonderem internationalen Interesse ist die Erhebung einer Lage auf die Produktion, die zugunsten gemisser Sorten, so zum Beispiel der Exportkohle oder der an die Eisen- und Stahlindustrie gehenden Kohle, verwendet werden soll. Bei diesen Bestimmungen handelt es sich nur um in Aussicht genommene Maßnahmen. Die Regierung hofft, dieses System nicht einführen zu müssen, falls die zwecks Abschaffung der direkten und indirekten Subventionen zwischen der britischen Kohlenindustrie und den Bergherren von Deutschland und Polen schwebenden Verhandlungen günstig verlaufen. Man erwartet an leitender Stelle, daß die Möglichkeiten, die das Gesetz in dieser Beziehung offen läßt, die besagten Verhandlungen fördern wird. Man sieht: das britische Gesetz nimmt direkt Bezug auf internationale Besprechungen. Dies ist nicht nur für England, sondern für alle in Frage kommenden Länder eine erfreuliche Neuerung, die hoffentlich den guten Willen allgemein stärken und auch den in Genf auf dem Gebiete des Kohlenproblems bevorstehenden Verhandlungen zugute kommen wird. IGB.

darin, daß sich der Arbeiter nicht in der Lage des Verkäufers anderer Waren befindet. Eine Untersuchung des Warencharakters der Arbeit wird dies beweisen.

Vor allem aber: ist die Arbeit überhaupt eine Ware? Es wird dies mit großer sittlicher Entrüstung häufig bestritten. Jedoch sehr mit Unrecht. Denn was ist Ware? Offenbar alles, was gekauft und verkauft wird. Nun verpflichtet sich der Arbeiter zu einer gewissen Tätigkeit gegenüber dem Arbeitgeber und dieser sich zu einer Gegengabe. Beides, Leistung wie Gegenleistung, haben ihren Preis; sie werden gegeneinander vertauscht; der Arbeiter kauft die Arbeit und verkauft seine Gegenleistung; der Arbeiter kauft die Gegenleistung des Arbeitgebers und verkauft seine Arbeit; Arbeit wie Gegenleistung sind demnach Ware.

Aber wenn auch hiergegen nichts Stichthaltiges eingewendet werden dürfte, so liegt doch dem Proteste, der von so vielen gelehrten Männern von den verschiedensten Standpunkten aus gegen die Bezeichnung der Ware als Arbeit eingelegt wird, eine verschleierte Wahrheit zugrunde. Ist die Arbeit nämlich unzweifelhaft eine Ware, so ist damit doch nicht ausgeschlossen, daß sie als Ware besondere Eigentümlichkeiten habe. Und sie hat wichtige Sonderheiten, die sie von allen anderen Waren unterscheiden.

Was ist die Arbeit?

Die Nutzung der Arbeitskraft. Die Arbeitskraft aber ist nichts anderes als der Mensch selbst; insofern er Leib, Verstand und Herz — denn alle drei müssen bei jeder Arbeit mitwirken — zum Erwerb wirtschaftlicher Güter verwendet; die Arbeit also ist nichts anderes, als die Nutzung vom Menschen selbst.

Hieraus nun ergibt sich eine wichtige Verschiedenheit der Arbeit von allen anderen Waren. Diese Verschiedenheit besteht aber nicht etwa, wie Thorson behauptet hat, darin, daß jede Minute, in der die Arbeitskraft nicht genutzt wird, unwiederbringlich verloren ist, und mit der Zeit, in der die Arbeit hätte gekonnt werden, auch die Arbeit; daß also die Arbeit als Produkt der Zeit sich nicht aufbewahren lasse. Denn unterscheidet dies die Arbeit auch von den meisten Waren, so hat sie diese Eigenschaft doch mit allen Nutzungen gemein, wie zum Beispiel mit der Nutzung von Häusern, von Pferden. Der Unterschied der Arbeit von allen anderen Waren ist viel gewichtiger. Um ihn zu finden, müssen wir die Arbeit mit den Kapitalnutzungen als mit den Waren vergleichen, welche, eben weil auch sie Nutzungen sind, mit der Arbeit die größte Ähnlichkeit haben.

Betrachtet man die Kapitalnutzungen, so tritt sofort zutage, daß sie in so engem und untrennbarem Zusammenhange mit dem Kapital stehen, daß das Schicksal des Kapitals vollkommen durch das seiner Nutzung bestimmend wird, ja daß diese Nutzung gar nicht möglich ist ohne eine vollkommene Herrschaft über das Kapital. Ganz dasselbe gilt für das Verhältnis zwischen Arbeit und Arbeitskraft. Wer einem anderen seine Arbeit verkauft, vermietet ihm dadurch die Herrschaft über seine Arbeitskraft. Nur soweit aber sind sich Arbeit und Kapitalnutzung gleich, und nun beginnt ihre Verschiedenheit. Das Kapital nämlich, dessen Nutzung die Ware ist, ist selbst auch Ware; es ist etwas von seinem Besitzer vollkommen Besonderes; es wird von dem, der es besitzt, oder von dessen Vorgänger im Besitze erst willkürlich produziert, um bestimmten Zwecken zu dienen, und der Besitzer ist deshalb für das Dasein des Genutzten wie für das Ausgebot der Nutzung desselben verantwortlich.

Ganz anders aber ist es mit der Arbeitskraft; sie ist nicht Ware, sondern nichts anderes als der Mensch selbst; sie ist nicht willkürlich von ihrem Besitzer produziert und dieser nicht selbst für ihr Dasein verantwortlich; beide kommen als eine untrennbare Einheit zusammen und unabhängig vom eigenen Willen in die Welt, und zwar kommt der Mensch nicht zu Zwecken außer sich selbst, sondern ist Selbstzweck. Darin nun, daß in dem einen Falle der Verkäufer selbst etwas Verschiedenes ist von dem Genutzten, dessen Nutzung verkauft wird, darin, daß das Genutzte, das Kapital, selbst Ware ist; darin, daß im anderen Falle der Verkäufer selbst identisch ist mit dem Genutzten, dessen Nutzung verkauft wird, darin, daß dieses Genutzte nicht Ware ist, sondern Selbstzweck und das Zentrum des ganzen Wirtschaftssystems, liegt der ganze Unterschied der Arbeit von anderen Waren, und zwar ein gewichtiger. Denn da jeder, der die Nutzung von etwas kauft, dadurch notwendig die Herrschaft über das Nutzunggebende erlangt, erwirbt der Käufer der Arbeit durch seinen Kauf auch die Herrschaft über die Arbeitskraft, d. h. über den ganzen Menschen, also auch über dessen Genuffähigkeit und dessen Genüsse, über dessen ganzes physisches, intellektuelles, moralisches und soziales Dasein.

In der absolut unlöslichen Verbindung der Arbeit mit der Person ihres Verkäufers also besteht das wesentliche Merkmal, wodurch sich die Arbeit von allen anderen Waren unterscheidet. Abgesehen aber von dieser Eigentümlichkeit der Ware des Ar-

Luis Brentano.

Der berühmte Nationalökonom und Wirtschaftshistoriker Luis Brentano feierte in der Woche vor Weihnachten seinen 85. Geburtstag. Der Name dieses streitbaren und unermüdbaren Vorkämpfers des sozialen Liberalismus ist seit seinen ersten großen Arbeiten aus den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit der deutschen, mit der europäischen Gewerkschaftsbewegung untrennbar verbunden.

Brentano ist einer der Begründer der Theorie der Gewerkschaftsbewegung. Er ist mit schlagenden Argumenten dem Pessimismus Lassalles hinsichtlich der Erfolgsmöglichkeiten der Gewerkschaften entgegengetreten, einem Pessimismus, der noch Jahrzehnte hindurch von großem Einfluß auf weite Kreise der Sozialdemokratischen Partei war. Diese berühmten Untersuchungen haben noch heute ihre Kraft und Frische nicht verloren, sie gehören auch heute noch trotz des Ausbaues der Gewerkschaftstheorie, insbesondere im letzten Jahrzehnt, zu dem Wertvollsten, was über die Gewerkschaftsbewegung geschrieben worden ist. Brentanos Ansichten sind in Unternehmertreffen auf schärfsten Widerstand gestoßen. Die kompakte Majorität der alten Unternehmergeneration, die auch heute noch nicht ausgestorben ist, erhob sich wider den Professor, der seine legerischen Ansichten nicht nur in seinen Schriften vertrat, sondern in den langen Jahrzehnten seiner akademischen Wirksamkeit weite Kreise der deutschen akademischen Jugend mit diesem antipatriarchalischen, freisinnigen und demokratischen Geist infizierte. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung fühlt sich Brentano dankbar verbunden

durch seine ganze Wirksamkeit. Sie empfand ihn als Kämpfer für die gleiche Sache auch da, wo sie nicht mit ihm einer Meinung war. Denn wie kein anderer unter den deutschen Sozialökonomem hat er in nichtsozialistischen Kreisen Deutschlands Verständnis für den Sinn, für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften geweckt und gepflegt. Selbst auf die Gefahr hin, als einseitiger Parteigänger der Arbeitnehmer verfahren und als unobjektiver Gelehrter diskreditiert zu werden, hat er sich bei vielen Gelegenheiten zu einer Zeit, als noch Mut dazu gehörte, unbekümmert und im Vertrauen auf die innere Unabhängigkeit seiner Ueberzeugung, für den sozialen Fortschritt, für ein neues Arbeitsrecht eingesetzt.

Wir wünschen ihm, der noch im letzten Jahrzehnt seine umfassende Lebensarbeit durch neue vielbändige Werke bereichert hat, noch manches Jahr ungebrochener Arbeitsfrische.

Im folgenden veröffentlichen wir zwei Abschnitte aus Arbeiten Brentanos, die nun schon ein halbes Jahrhundert zurückliegen:

Die Ware Arbeit.

Die wirtschaftliche Grundlage der Arbeiterfrage ist nicht darin zu suchen, daß der Arbeitslohn um die Lebenshaltung der Arbeiter wie der Preis anderer Waren um deren Produktionskosten oszilliert, nicht darin, daß die Arbeit nach moderner Anschauung als Ware betrachtet und behandelt wird. Im Gegenteil, sie liegt

*) Aus: „Die wirtschaftliche Grundlage der Arbeiterfrage“, 1879.

Glossen zur Finanzreform.

Wie kamen wir zur Finanzreform? Ursprünglich handelte es sich darum, die Entlastung der Reichsfinanzen durch den Young-Plan den Steuerzahlern zugutekommen zu lassen, einen Steuerabbau im Rahmen dieser Entlastung durchzuführen. Die Unternehmer forderten aber bald darauf nicht nur, daß dieser Abbau zu ihren Gunsten erfolge, sondern verlangten darüber hinaus eine umfassende Finanzreform mit dem doppelten Ziel: den Besitz zu entlasten und die Staatsausgaben einzuschränken. Das Programm erweiterte sich zu einem Umbau des Steuerwesens. Die Zauberformel, die mit dem Aufgebot aller erdenklichen Propagandamittel in weiten Kreisen verkündet wurde, war, durch Begünstigung des Unternehmertums und Einschränkung des Verbrauchs die volkswirtschaftliche Kapitalbildung zu beschleunigen. Daß durch Steuerumbau eine wesentliche Steigerung der Kapitalbildung überhaupt nicht möglich ist, für diese Beweisführung konnte man das erforderliche Verständnis nicht voraussetzen. So mußte von der anderen Seite immer wieder hingewiesen werden auf die Gefahren, die mit einer Einschränkung des Verbrauchs verbunden sind — eine solche Einschränkung müßte zur Entwertung der Kapitalanlagen führen und damit den Zweck der Kapitalbildung vereiteln —, des weiteren auf die Gefahren von Fehlinvestitionen bei einseitiger Bevorzugung der Kapitalbildung der privaten Unternehmer. Wir forderten daher die Begünstigung der Sparfähigkeit der Arbeitnehmer (Kapitalbildung von unten) und der Kapitalbildung der öffentlichen Hand.

Inmitten der Diskussion über die Finanzreform und Kapitalbildung kam plötzlich die dramatische Wendung: eine von der Öffentlichkeit nicht geahnte Verschärfung der Kassenlage des Reiches. Es hat sich herausgestellt, daß das Reich nicht in der Lage sein würde, seine laufenden Verpflichtungen zu erfüllen, wenn ihm nicht sofort neue Einnahmequellen erschlossen werden. Wollens hätten ihm die Mittel für die Unterstützung der Arbeitslosen gefehlt, nachdem die Beitragserhöhung im Herbst nicht beschlossen wurde und die Unterstützung der Arbeitslosen nur mit Darlehen des Reiches hätte erfolgen müssen. Woher kam das neue Defizit? Die Zolleinkünfte sanken infolge des Rückgangs der Getreideeinfuhr; andere Steuern brachten weniger, als erwartet wurde, da sie, um die von Hilferding vorgeschlagene Steuererhöhung zu vermeiden, allzu hoch geschätzt

wurden. Doch drückte das auch früher schon vorhandene Defizit auf die Reichskasse. Daß es so weit kam, ist ein schwerer, ja verhängnisvoller Fehler. Er schuf eine Zwangslage, die vom Reichsbankpräsidenten Schacht, diesem großen Gegner der öffentlichen Wirtschaft, rücksichtslos ausgenutzt wurde. Was hat Schacht mit der Finanzreform zu tun? Neben bestimmten Befugnissen, die er auf Grund des noch in Kraft befindlichen Dawes-Planes hat, wird er als Vertrauensperson des Auslandskapitals angesehen. Gerade jetzt, wo als „Silberstreifen am Horizont“ die Verflüssigung der internationalen Geldmärkte nach den amerikanischen Börsenergebnissen zu erwarten war und damit die Ausfichten sich besserten, gerade in diesem günstigen Augenblick hätte das Mißtrauensvotum Schachts die Kreditwürdigkeit des Reiches im Ausland untergraben können. Da Schacht sofortige Maßnahmen für die Entlastung der Staatsfinanzen forderte, die bürgerlichen Parteien aber diesen allein bei gleichzeitiger Beitragsanhebung der Finanzreform zustimmen wollten, so mußte neben dem „Sofortprogramm“ — Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung und die Erhöhung der Tabaksteuer — gleichzeitig auch ein umfassendes Finanzprogramm, das den Forderungen der Unternehmer Rechnung trägt, veröffentlicht werden.

Die Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung ist eine Selbstverständlichkeit, wenn die Reichskasse von den sonst unvermeidlichen großen Darlehen an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung entlastet werden soll. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung stehen fest, die Deckung kann, wenn nicht durch die Reichskasse, so allein durch die Beitragserhöhung gefunden werden. Die Opposition der Volkspartei verfolgt zwei Absichten: einmal dient ihr die Beitragserhöhung bei der Notlage der Reichskasse und der Reichsanstalt als Erpressungsmittel für die große Finanzreform zur Erzwingung des Abbaues der Besteuern, zum anderen gibt sie ihren Willen kund, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung bei der ersten Gelegenheit abzubauen. Vergebens sucht man die Bedeutung der Arbeitslosenunterstützung klarzumachen, so zeigen, daß sie nicht nur eine sozialpolitische Maßnahme für die Erhaltung der Arbeitslosen und nicht nur eine konjunkturelle Maßnahme im Sinne der Erhaltung der Kaufkraft darstellt, sondern auch eine neue Funktion in der rationalisierten Wirtschaft erhält, indem sie es den Unternehmern ermöglicht, ihre geschulten Arbeiter zeit-

weilig zu entlassen und sie durch die Arbeitslosenunterstützung über Wasser zu halten, bis sie wieder eingestellt werden. Die dadurch ermöglichten Ersparnisse an Löhnen lassen sich zwar die Unternehmer gefallen, bestehen aber trotzdem auf dem Abbau der Leistungen, weniger wegen ihrer Belastung durch die Beiträge, als aus dem einfachen Grund, daß geringe Arbeitslosenunterstützung den Lohndruck begünstigt.

Die Erhöhung der Tabaksteuer soll sofortige Mehreinnahmen schaffen. In der Notlage kann man sich wohl damit abfinden, wenn auch nicht mit der üblichen Begründung, daß die Besteuerung eines Genussmittels wie des Tabaks ein entbehrliches Gut treffe und daher nicht in eine Reihe mit den übrigen Verbrauchssteuern gestellt werden könne. Dieses auch als Begründung für die Erhöhung der Alkoholfsteuern verwendete Argument ist nicht vollwertig; die Steuern, die den Verbrauch des Massenkonsums belasten, beschränken die Massenkraft überhaupt und werden gewöhnlich auch zur Einschränkung des Konsums lebenswichtiger Waren führen. In Verbindung mit der Erhöhung der Tabaksteuer soll die Zigarettenherzeugung kontingentiert werden, was auf die Schaffung eines privaten Monopols hinausläuft, zumal der überwiegende Teil der Zigarettenproduktion von zwei verbündeten Großkonzernen beherrscht wird. Das Monopol wird begründet mit der Abwehr der amerikanischen Konkurrenz, die in Zukunft vielleicht entfallen könnte. Es soll als Uebergang zu einem in späterem Zeitpunkt zu errichtenden staatlichen Tabakmonopol gedacht sein, dessen Schaffung in der Eile nicht möglich war. Die Auslieferung der Zigarettenproduktion an ein privates Monopol ist höchst bedenklich und kann nur vorübergehend gebuldet werden, wenn alle Garantien vorhanden sind, einmal gegen die Ausbeutung der Verbraucher durch das Monopol, zum anderen gegen die spätere Ausbeutung des Staates durch hohe Entschädigung im Zeitpunkt der Uebernahme der Produktion durch den Staat.

Der Steuerumbau. Die geplante Steuerreform: die Senkung der Einkommens- und der Lohnsteuer, der Vermögenssteuer, der Kapitalverkehrssteuern, der Gewerbesteuern usw. soll in einzelnen nicht behandelt werden. Eine wesentliche Steigerung der Kapitalbildung wird sie nicht in die Wege leiten. Damit die Finanzreform ohne eine wirtschaftlich und sozial verhängnisvolle Einschränkung des Massenverbrauchs die Kapitalbildung einiger-

beiters findet sich regelmäßig mit seiner Person eine Eigenschaft verbunden, welche, wenn sie auch nicht der Arbeit selbst zukommt, das Eintreten der mit deren Befonderheit als Ware verbundenen Wirkung erleichtert und diese Wirkung selbst verstärkt. In der Regel nämlich ist der Arbeiter arm. Er hat nichts, um sein Leben zu fristen, als den Verkauf seiner Arbeit. Gibt es auch für Verkäufer anderer Waren Zeiten, in denen außerordentliche Umstände, wie z. B. der Verkaufstag von Wechsell, zu unbedingtem Verkaufe drängen mag, so hat Thorton doch recht, wenn er den Arbeiter als ständig in der Lage des Falliten bezeichne, der um jeden Preis loszuschlagen muß, und dessen Ausverkauf zu Spottpreisen sprichwörtlich geworden ist. Er muß sich also jeglichen Lohn und jegliche Arbeitsbedingungen und, wegen des engen Zusammenhangs seiner Ware mit ihm selbst, somit jegliche Herrschaft über sich selbst gefallen lassen.

Diese beiden Eigenschaften der Arbeit als Ware und des Arbeiters als Warenverkäufer, die unlösliche Verbindung der Arbeit mit der Person ihres Verkäufers und die regelmäßige Armut dieses Verkäufers sind von den entscheidendsten ethischen und ökonomischen Folgen.

II.

Ueber die Bedeutung der Gewerksvereine.

Durch diese (das Gemeinwesen des ganzen Landes berührende) Organisation werden die beiden Hauptnachteile, unter welchen der Arbeiter als Warenverkäufer leidet, beseitigt, nämlich einmal die Vorbehaltlosigkeit seines Angebots: die Gewerksvereine geben den Arbeitern die Möglichkeit, gleich anderen Warenverkäufern, selbständig ihre Verkaufsbedingungen geltend zu machen, eintretende Besserungen des Marktes sofort zu benutzen und bei zu niedrigem Kaufgebote mit dem Verkauf ihrer Ware zurückzuhalten. Ebenso aber wird durch die Gewerksvereine die Unfähigkeit der Arbeiter, das Angebot ihrer Ware der gegenwärtigen Nachfrage anzupassen und auf das zukünftige Angebot derselben Einfluß zu üben, beseitigt. Das erste geschieht, indem die Gewerksvereine die Arbeit von Orten, wo sie nicht begehrt wird, zurückziehen, um sie an Orten, wo Nachfrage besteht, anzubieten, und indem sie bei sinkender Nachfrage nach Arbeit den Arbeitern die Möglichkeit geben, durch Zurückziehung ihrer Waren vom Markt oder durch Verminderung der Arbeitszeit das Angebot ihrer Ware zu verringern, entgegengesetztenfalls in umgekehrter Weise dasselbe zu steigern. Das zukünftige Angebot von Arbeit wird durch die Gewerksvereine beeinflusst, indem ihre Mitglieder sich weigern, die Lehrlinge zu unterrichten und überhaupt in einer Werkstätte zu arbeiten, wenn die Zahl der Lehrlinge in einem größeren als in einem bestimmten Verhältnis zur Zahl der in der Werkstätte beschäftigten Arbeiter steht, indem sie unbeabsichtigt dahin wirken, ein vernünftiges Verhalten der Arbeiter in bezug auf die Ehe herbeizuführen, und indem sie, wenn ein zu großes Angebot von Arbeit ohne Aussicht auf ein Steigen der Nachfrage vorhanden ist, die Auswanderung beschäftigungsloser Mitglieder fördern. Die Gewerksvereine also versehen die Arbeiter bei Abschluß des Arbeitsvertrages in dieselbe Lage, in der sich die Verkäufer anderer Waren beim Verkauf derselben befinden. Durch sie werden die nachteiligen Wirkungen der Eigentümlichkeiten der Arbeit als Ware und des Arbeiters als Warenverkäufer beseitigt, und erst damit wird einerseits die Arbeit Ware, andererseits der Arbeiter Mensch.

Ermöglichen die Gewerksvereine den Arbeitern, das Angebot ihrer Ware gleich anderen Warenverkäufern zu regeln, so sind es nicht mehr die Willkür des Arbeitgebers,

welche das Maß seines Einkommens, seiner persönlichen Entwicklung und seines Anteils an den Segnungen der Kultur, nicht mehr Glend und Tod, welche die niedrigste, nicht mehr die leichtsinnigen Heiraten anderer, welche die höchste Grenze dieses Maßes bestimmen, sondern die Arbeiter selbst sind es, welche durch geeignete Regelung ihres Angebots von Arbeit dieses Maß beeinflussen können. Und bei Erhöhung dieses Maßes steht ihnen nicht etwa eine Unmöglichkeit infolge der Beschränktheit der Nachfrage entgegen. Es hindert sie hierbei nicht etwa, wie man früher geglaubt hat, jederzeit ein jeweilig feststehender Lohnfonds, dessen Größe den Anteil, der den Arbeitern am Gesamtprodukt zufließt, unerbittlich bestimmt, so daß der Durchschnittslohn sämtlicher Arbeiter nur von deren jeweiliger Menge abhängt und die Lohnerhöhung des einen nur auf Kosten des anderen stattfinden kann. Diese Lehre beruhte in ihrer älteren Form (Ricardo, Macculloch, Senior, Mill) vielmehr auf dem Irrtum, daß das Kapital, das der Produktionsunternehmer auf die Lohnzahlung verwendet, eine im voraus feststehende Summe sei, und daß der

*) Anz.: „Die gewerbliche Arbeiterfrage“. In Schönebergs Handbuch der politischen Ökonomie. Tübingen 1882.

maßen fördern könnte, dazu müßte sie — wie Alfred Brau thal in der „Gesellschaft“ überzeugend darstellt — derart beschaffen sein, daß sie erstens die Einkommensersparnisse gegenüber dem Einkommensverzehr begünstigt, zweitens die Kapitalflucht verhinderte, drittens die Rationalisierung des Finanzapparates förderte. Von der vorliegenden Finanzreform kann man solche Wirkungen kaum erwarten. Was insbesondere die verhassten Gewerbesteuern anbelangt, so wird deren mechanische Senkung um 20 Prozent das wirkliche Uebel bei dieser Steuer, nämlich die höchst ungleichmäßige Belastung der Betriebe je nach ihrem Standort, nicht beseitigen.

Die Steuern werden überwältigt! Reichsfinanzminister Hilferding verteidigte den Abbau von Besitzsteuern unter sozialem Gesichtspunkt mit dem Hinweis darauf, daß auch die Besitzsteuern, indem sie mittels Preiserhöhungen von den Produzenten auf die Verbraucher überwälzt werden, zum Teil auch die breiten Verbrauchermassen treffen. Die Bemerkung ist vollkommen richtig, die Möglichkeit einer Überwälzung der Besitzsteuern auf die Massen besteht. Es wird von den jeweiligen Verhältnissen abhängen, in welchem Umfang die Überwälzung gelingen wird. Theoretisch können sämtliche Steuern, selbst die Verbrauchssteuern, in größerem und geringeren Umfang abgewälzt werden. Rückt man aber die Ueberwälzbarkeit der Steuern in den Vordergrund, so hat man damit, ohne es zu wollen, auch deren Bedeutung für die Kapitalbildung verneint. Wenn die Steuern überwälzbar sind, dann kann man von ihnen nicht gleichzeitig sagen, daß sie der Kapitalbildung dienen. Unseres Erachtens ist es kein Zufall, daß die gesamte Unternehmerpresse, die großen volkswirtschaftlichen Zeitungen inbegriffen, die die Steuerreform im Hinblick auf die Kapitalbildung gefordert hat, kein Wort von der Steuerüberwälzung hören ließ, obwohl die Gelehrten, die über die Finanzreform schrieben, sehr wohl wissen, daß die Überwälzung das wichtigste Problem der Steuerwirkungen ist. In Wirklichkeit ist es eben so, daß der Abbau der Besitzsteuern an sich für die Beschleunigung der Kapitalbildung bei dem privaten Kapital weder ausreicht, noch dazu erforderlich ist. In Wirklichkeit ist der Abbau der Besitzsteuern im Dienste der Kapitalbildung nur als ein Stein im Gesamtgebäude der Unternehmerforderungen anzusehen: freie Lohnbestimmung durch die Unternehmer, Abbau der Sozialpolitik und monopolistische Preispolitik sollen zusammen zu einer Einschränkung des Massenverbrauchs führen. Beim Abbau der

Werbeprämien 1930!

Ehrung und Belohnung hervorragender Agitatoren!

Die verflossene, mit Prämien bedachte Mitgliederwerbung hat dem Verband in der Zeit von November 1928 bis August 1929 annähernd 20000 Neuaufnahmen eingebracht. Beteiligt haben sich über 800 Kameraden, die auch alle ihre Prämien erhalten haben. 105 Kameraden haben mehr als 35 neue Mitglieder gewonnen. Davon haben einzelne Werber 50 bis 100 und mehr Kameraden für den Verband gewonnen. Ein Kamerad hat sogar 169 Neuaufnahmen gemacht. — Im Ruhrgebiet haben sich allein 248 Kameraden an der Prämienwerbung beteiligt, davon haben 32 Kameraden mehr als 35 neue Mitglieder gewonnen. Darunter befinden sich Leistungen von 50 bis 100 (ein Kamerad sogar mit 111) Neuaufnahmen.

Angeregt durch diese Erfolge, schreibt der Vorstand für das Jahr 1930 eine neue Werbeprämierung aus. Die Werbeaktion läuft vom 1. Januar bis 31. Dezember 1930. Die letzten Prämienanträge müssen spätestens zum 31. Januar 1931 beim Vorstand eingelaufen sein. Wer seine erworbene Prämie früher abheben will, kann sie auch schon vor Ablauf des Jahres beantragen.

Die Werbeprämien sind dieses Mal bedeutend erweitert. Es gibt gute Bücher, darunter hervorragende Werke, und brauchbare Gegenstände wie Aktenmappen, Füllfederhalter usw. Wer sich eine Prämie erworben hat, kann sich aus dem reichhaltigen Verzeichnis das ihm Zusagende aussuchen. Alle Zahlstellen erhalten solche gedruckten Verzeichnisse, denen auch die Bedingungen zur Prämienwerbung angefügt sind.

Diese Prämien sind nicht Selbstzweck, sondern Ehrung einer aufopfernden Tätigkeit, Anerkennung vorbildlicher Pionierarbeit. Sie sollen zur Ausbreitung unseres Verbandes beitragen, dienen also deshalb einem hohen idealen Ziel. Mögen recht viele Kameraden um die Anerkennung vorbildlicher Arbeit wetteifern!

Der Vorstand.

Lohn aus diesem Kapital bezahlt werde; während der Abnehmer der Ware, bei deren Herstellung der Arbeiter verwendet wird, den Lohn bezahlt und der Produktionsunternehmer, die zur Lösung nötige Summe nur vorschickt, und zwar in einem Betrage, der wandelbar ist je nach der Lohnhöhe, die er nach der Marktlage zu zahlen gezwungen ist und auf deren Wiedererlang seitens des Abnehmers der hergestellten Ware er hoffen kann. In ihrer späteren Form (Thorton) beruhte jene Lehre auf dem Irrtum, daß in dem Maße, in dem durch eine Lohnerhöhung die Kaufkraft, welche die Abnehmer der durch die Lohnerhöhung verteuerten Ware bisher für andere Waren hatten, abnimmt, die Kaufkraft der Gesamtheit für diese anderen Waren abnehme, und daß daher entsprechend der Lohnerhöhung der einen Klasse von Arbeitern eine Lohnminderung einer anderen Klasse eintreten müsse, während jede Lohnerhöhung die Kaufkraft der Gesamtheit der Größe nach gleichläßt, da entsprechend dem Sinken der Kaufkraft der bisherigen Abnehmer die Kaufkraft der lohnerrhöhten Arbeiter steigt. Vielmehr sind bezüglich der Wirkungen von Lohnerhöhungen, Kürzungen der Arbeitszeit oder sonstigen Verbesserungen von Arbeitsbedingungen, welche durch eine glückliche Regelung des Angebots der Arbeit herbeigeführt wurden, zwei Arten von Fällen zu unterscheiden, nämlich diejenigen, in denen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von einer entsprechenden Mehrleistung der Arbeiter begleitet ist, und diejenigen, in welchen sie wirklich zu einer Steigerung der Produktionskosten des Produktionsunternehmers führt.

In den Fällen der letzteren Art hat die Steigerung der Produktionskosten die Wirkung, entweder den Gewinn des Produktionsunternehmers oder, in den meisten Fällen, infolge einer Steigerung des Preises der Produkte, den Anteil der Konsumenten der Ware, bei deren Herstellung die lohnerrhöhten Arbeiter verwendet werden, am Gesamtprodukt zu schmälern. Die höheren Löhne werden entweder aus dem Einkommen des Produktionsunternehmers oder aus dem der bisherigen Konsumenten bezahlt.

Der Anteil der Arbeiter

am Gesamteinkommen der Nation wird gemehrt und der zunehmenden Differenzierung innerhalb der Gesellschaft entgegenge-

wirkt. Allein nicht jede Erhöhung des Lohnes, nicht jede Kürzung der Arbeitszeit oder sonstige Besserung der Arbeitsbedingungen bedeutet eine Erhöhung der Produktionskosten des Produktionsunternehmers. Die erste Wirkung von Lohnerhöhungen und Kürzungen der Arbeitszeit allerdings ist, ähnlich der ersten Wirkung einer materiellen Besserung der Lage bei der Mehrzahl aller Menschen, eine Vergeudung der gewonnenen größeren Einnahme und Miße seitens der Arbeiter. Haben die erlangten Verbesserungen aber längeren Bestand, so werden sie zu besserer Nahrung, sorglicherer Pflege, größerer und gesitteterer Erholung und höherer Ausbildung verwendet, mit anderen Worten: sie führen zur Steigerung der wünschenswerten physischen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter, d. h. zur Erhöhung ihrer Lebenshaltung. Die Steigerung der Lebenshaltung aber treibt erfahrungsmäßig zu größerer Intensität der Arbeit, weil Menschen mit größeren Bedürfnissen bei kürzerer Arbeitszeit zu größerem Fleiße genötigt sind, und sie ermöglicht auch intensivere Arbeit, indem körperliche Ursachen und größere Arbeitsfreudigkeit ihnen den größeren Fleiß leichter machen, als wenige Bedürfnisse empfindenden schlecht genährten, abgemüdeten und mißmutigen Arbeitern. Jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Dauer hat, führt also zur Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter, d. h. ihres dauernden Anteils an der Kultur, und jede solche Steigerung führt zu einer Erhöhung der Arbeitsleistung. Dabei ist indes zu bemerken, daß die Lebenshaltung der Arbeiter sich nicht in großen Sprüngen erhöhen läßt; muß sich doch der Arbeiter, der einen größeren Anteil an der Kultur erlangt, erst in ihn einleben und ihn zu genießen lernen, um ihn sich wirklich zu eigen zu machen. Daher die große Weisheit der gewerblichen Politik der Gewerksvereine, welche, allen Schwankungen in den Arbeitsbedingungen entgegen, in erster Linie auf deren Stetigkeit sieht, welche Verschlechterungen derselben widersteht, aber auch nur in großen Perioden bei günstig sich bietender Gelegenheit deren Verbesserung anstrebt. Bei solch allmählicher Erhöhung des Sachlohnens und schrittweiser Verkürzung des Arbeitstages führt jede Verbesserung in den Arbeitsbedingungen zu einer Besserung der Arbeitsleistung, welche nicht nur die größeren Kosten, welche die Besserung verursacht, ersetzt, sondern gleichzeitig die industrielle Stellung des Volkes im Kreise der übrigen Völker sichert und erhöht.

Besitzsteuern handelt es sich allein um einen vorgeschobenen Posten im Kampf, der um das Ganze gehen soll.

Die Finanzreform will die Lohnsteuer senken, jedoch in einem wenig befriedigenden Umfang; auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß die Gemeinden eine Kopfsteuer einführen, die auch die besitzlosen armen Volksschichten (mit Ausnahme der allerärmsten vielleicht) treffen soll. Man versucht, dieser unmöglichen Steuer eine moralische Rechtfertigung zu geben: wie im Falle der Lohnsteuer, so soll auch durch jene Kopfsteuer der Arbeiter zur Erhaltung des Staatswesens beitragen, damit er neben seinen früheren staatsbürgerlichen Rechten auch seine Pflichten gegenüber dem Staat erfülle.

Man vergißt dabei geflissentlich, daß die Arbeitnehmer — um von der Steuerüberwälzung in Form von erhöhten Preisen nicht zu reden — durch die Verbrauchssteuern schwer belastet sind; je geringer das Einkommen und je größer die Familie, um so höher ist diese Belastung, die die schlecht entlohnerten Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten viel mehr trifft, als Personen mit höherem Einkommen. Auch die unvermeidliche Erhöhung der Werkstarife der öffentlichen Hand wird die Belastung der Arbeitnehmer erhöhen. Im übrigen ist der soziale Staat verpflichtet, den Arbeitern ein menschenwürdiges Existenzminimum zu sichern. Wenn er das heute nicht leisten kann, so darf er die Einkommen, die unter dem Existenzminimum liegen, zumindest durch Besteuerung nicht kürzen. Gegen die Kopfsteuer (auch Lohnsteuer) spricht noch, daß sie die Sparsamkeit der Arbeitnehmer — der Kapitalbildung von unten — erschwert und daß ihre Eintreibung außerordentlich kostspielig ist.

Die größten Bedenken knüpfen sich aber in Verbindung mit der Finanzreform an die Zukunft der öffentlichen Wirtschaft und der Sozialpolitik. Schon die Kopfsteuer ist als eine Maßnahme zur Drofflung der kommunalen Ausgaben gedacht, da die Gemeinden diese unmögliche Steuerquelle selbst im Falle dringenden Geldbedarfs nicht leicht ausbeuten werden. Die geplante Kontrolle der Gemeindefinanzen, mag sie auch sachlich begründet sein, kann in einer Weise gehandhabt werden, daß die Gemeinden in der Erfüllung ihrer Aufgaben gehindert werden. Meist wird man jedoch durch die Größe des Einnahmeausfalls infolge des Steuerabbaues beunruhigt. Durch den Steuerabbau soll im Verlauf von fünf Jahren ein viel größerer Einnahmeausfall entstehen, als die Ersparnisse durch die Entlastung des Young-Plans und die Mehrerträge aus der Tabak- und Bier-

steuer ausmachen. Dabei wird angenommen, daß die Steigerung der Produktion und der Umsätze dank der beschleunigten Kapitalbildung die Steuererträge automatisch anwachsen läßt, so daß damit der Einnahmeausfall als Folge des Steuerabbaues ausgeglichen wird. Diese Annahme ist sehr anfechtbar. Einmal ist die hier vorgestellte Wirtschaftsentwicklung vollkommen unanschaulich, zumal, wie wir sahen, Steuerabbau und Verbrauchseinschränkung keine zuverlässigen Methoden zur Beschleunigung der Kapitalbildung darstellen. Zum anderen wurden die Erträge der gegenwärtigen Steuern allzu hoch eingeschätzt, folglich wird das Wachstum der Wirtschaft zunächst nur bewirken, daß die Steuererträge in die geschätzte Höhe hineinwachsen. Gesetzt aber den Fall, daß dank einer günstigen Wirtschaftsentwicklung eine Abnahme der Staatseinnahmen zu verzeichnen sein wird, so wird immerhin die öffentliche Wirtschaft in ihrem Wachstum, die Sozialpolitik an ihrer Ausdehnung gehindert! Allein die private Wirtschaft würde sich entwickeln, obwohl gerade durch die Entwicklung der privaten Wirtschaft die Aufgaben auch der öffentlichen Wirtschaft und der Sozialpolitik erweitert werden. Im ungünstigen Fall aber werden die öffentliche Wirtschaft und die Sozialpolitik nicht allein an ihrer Entfaltung gehindert, sondern es droht die Gefahr ihrer Rückbildung! Diese Gefahr kann in nicht allzu langer Zeit eintreten, insbesondere dann, wenn die Bereinigung des Klassenbezugs nicht gründlich erfolgt. Das private Kapital lauert schon auf die günstigen Gelegenheiten, öffentliche Unternehmungen durch Ankauf oder Beteiligung an sich zu reißen!

Man soll bestrebt sein, sich über die Folgen der Finanzreform Klarheit zu verschaffen. Erst dann wird es möglich sein, für die Verbesserungen die nötigen Energien voll einzusetzen. Sollte die Verteilung der Machtverhältnisse es nicht erlauben, daß die erforderlichen Verbesserungen erreicht werden, auch für diesen Fall soll man klare Vorstellungen von den zugemuteten wirtschaftlichen und sozialen Opfern haben. Dann erst ist es möglich, die Opfer, die noch gebracht werden können, abzuwägen, vor allem sich in der Frage der Beteiligung der Vertreter der Arbeiterklasse an der Regierung ein Urteil zu bilden. Diese Beteiligung ist eine rein politische Frage. Man hofft, durch sie die demokratischen Kräfte gegenüber den fachistischen und nationalistischen zu stärken. Auch die, die meinen, daß die Beteiligung jenes Ziel mit Erfolg fördert, werden sich fragen, welche Opfer sie durch die Regierungsbeteiligung verantworten können und wann die Grenzen der Opfer erreicht sind.

A. H.

HAUS UND LEBEN

Die Gewerkschaft ist die beste Spartasse.

Beim Buttern war wieder die große Schusterei und Treiber in der Grube Gegenstand der Unterhaltung. „Da gibt es nun Gewerkschaften, und was tun die dagegen? Nichts!“ polterte Karl. Andere befragten diese Welsheit. Bis der ruhige Gustav fragte: „Seid ihr denn im Verband?“ „Was geht uns der Verband an?“ meinte darauf der lauteste Krakeeler. „Ja, wenn euch der Verband nichts angeht, warum schimpft ihr denn auf ihn?“ meldete sich wieder Gustav, der sich von Unorganisierten nichts vormachen ließ. „Der Verband ist so gut wie eine Familie, kein Außenstehender hat sich da hineinmischen, geschweige denn gar zu kritisieren. Wer etwas will, muß erst Mitglied sein.“ „Das ist schnell gesagt“, brummte Karl, „doch woher sollen wir das Geld für die hohen Beiträge nehmen bei unserm niedrigen Lohn?“ „Nun“, antwortete Gustav, „so unmöglich ist das doch nicht. Wer die Notwendigkeit der Gewerkschaft anerkannt hat, der bringt bestimmt gern ein finanzielles Opfer, und besser als der Verbandsbeitrag verzinst sich doch keine Gelanlage.“ „Das mußt du uns erst beweisen“, warf einer dazwischen.

„Gut, das ist bald getan“, sagte gelassen Gustav. „Nehmen wir an, jede Woche bezahlt ihr einen Beitrag von 1 Mark, das macht pro Jahr 52 Mark. Jetzt denken wir an die letzte Lohn-erhöhung. Für uns Hauer brachte sie mit der Ermäßigung der Knappschaftsbeiträge pro Schicht 50 Pf., das sind im Jahr bei 300 Schichten 150 Mark. Dazu kommen noch die Unterstützungen bei Krankheit, Streik, Erwerbslosigkeit und sonstigen Notfällen. Nun rechnet euch einmal aus, welchen Nutzen ihr von den Gewerkschaftsbeiträgen habt. In welcher Spartasse bekommt ihr eingezahltes Geld mit so hohen Zinsen wieder?“

„Da hast du wohl recht“, meinte schon etwas kleinlaut einer der Aufstehenden, „doch die Unterstützung bei Krankheit, Erwerbslosigkeit usw. macht doch nicht viel aus.“

„Hast du eine Wohnung?“ widerlegte Gustav. „Frage einmal den Ortskassierer, der wird dir beweisen können, daß mehr als 40 Prozent der Beiträge wieder am Orte für Unterstützungen ausgezahlt werden.“

„Es ist doch viel Geld, jede Woche 1 Mark“, warf noch ein anderer ein, „man müßte die Beiträge heruntersetzen, dann wären auch noch viel mehr Kumpels im Verband.“

„Wenn etwas erzielt werden soll, werden immer gewisse Opfer notwendig sein. Von Opfern kann man hier doch gar nicht reden“, trumpfte jetzt Gustav auf, „ich habe euch doch bewiesen, wie groß sich euer Geld wieder zeigt, wenn ihr es in den Verband anlegt. Wo habt ihr die Gelder, die ihr durch Beitragszahlungen behaltet? Habt ihr diese Spartassenbücher, mit denen ihr Arbeitskämpfe überleben könnt? Bei bisherigen Streiks und Aussperrungen waren gerade die Unorganisierten diejenigen, die zuerst zu Kreuze kriechen mußten. Ihr wollt immer gerne alles tun, um euren Kindern ein besseres Leben zu verschaffen. Dabei hindert ihr durch eure Passivität eine Aufwärtsentwicklung der sozialen Lage und schadet damit auch und euren Kindern.“

Nun nickten fast alle zustimmend. „Ja, wir wären bestimmt auch im Verband, wenn eben andere Führer wären“, murmelte noch einer.

„Es ist doch sonderbar“, mischte sich jetzt Hannes ein, „wenn keine Gründe mehr vorhanden sind, dann kommen die Führer an die Reihe. Ausgerechnet bei uns Bergarbeitern sollen die Führer an allem schuld sein. Seht doch mal nach anderen Gewerkschaften, wie Baugewerkschaft, Anstreicher usw., da sind doch auch Bonzen als Führer. Bei denen geht es schneller vorwärts. Warum? Weil dahinter eine größere Macht steht! Wir können auch das selbst, wenn ihr nur alle aktiv mitmachen würdet!“

„Recht hast du“, jagten darauf die Mörzler, „wir wollen nun auch Mitstreiter werden!“ Heinrich Klose.

Proletarierschicksal.

Müden Schrittes ging der Bergarbeiter Albert Siefert von der Zeche nach Hause. Lohnstag war gewesen. Bierzig Mark hatte er wieder für zehn Tage mühevoller Arbeit erhalten. Krampfhaft hielt Albert die zwei Papierfalten fest. Davon muß nun seine Familie die nächsten zehn Tage leben! Wieder kam, wie immer, wenn Lohnstag war, das Leid über ihn. Zuerst versank er in dumpfe Resignation. Nicht denken wollte er an das Elend. Doch es drängte sich ihm selbst auf, zwängte sich hinein in sein Hirn, unerbittlich.

Dahin warteten auf ihn drei hungrige Mäuler. Schon die letzten Tage vor dem Lohnstag war kaum eine Krume Brot im Hause zu finden. Und nun daselbe Spiel! Wieder hieß der Speisezettler: Kartoffeln, Brot und Margarine. Nicht einmal zu Milch für die Kinder langte es. Ja, die Kinder, wenn er nicht so an ihnen hängen würde! Schon längst hätte er diesem Jammerleben ein Ende bereitet. Doch immer war es Albert, als ob bei diesen Gedanken jemand schrie: „Feiger Hund, du willst dem Elend stehen? Nein, hiergeblieben, beseitige das Elend!“ Aber wie? „Wo ist der Verantwortliche dafür?“ könnte es in Albert zurück. Zähneknirschend ballte er die Hände. Empörung wuchs in ihm empor. Giftig kroch es ihm den Rücken hinauf. Verflucht, verdammt waren sie alle, die Proleten. Hohn war es, überhaupt geboren worden zu sein.

Albert war zu Hause angelangt. Verstimmt trat er ins Zimmer. Dennoch begrüßten ihn freundlich Frau und Kinder. Minna kannte ihn längst. Er war ihr ein lieber Gatte und den Kindern ein guter Vater. Nur Lohnstags brach immer mit ganzer Wucht das alte vernarbte Leid auf. Einmal hatte Minna versucht, etwas über das wenige Geld zu sagen. Aber da war er sehr in Zorn geraten. Und seitdem schwieg Minna. Gleichsam mit ihm trug sie die Last des elenden Lebens.

Da reichte Albert ihr das Geld. Eilig ging Minna fort, um etwas zum Essen zu holen. Nach einer Weile klopfte es an die Türe. Albert machte auf und sah einen Bettler draußen im Schneesturm stehen.

„Bitte, eine kleine Gabe“, murmelte der Bettler mit schwacher Stimme. Da lachte Albert bitter auf und sagte: „Ja, ja, kommt nur zu euresgleichen, von den anderen kriegt ihr ja doch nichts! Ich bin so reich heute, hatte eben das Vergnügen, vierzig Mark in den Händen zu halten. Hier, Alter, ergreif meine Hand, vielleicht verpürst du noch den Segen des Geldes!“

Verwundert blickte der Bettler, der noch immer den alten Hut in Händen hielt, den Sprecher an. Aber noch mehr erstaunte der Bettler, als Albert den Türhaken freigab und mit einladender Handbewegung den Bettler bat: „Komm nur herein, Alter. Wirft gewiß etwas Wärme vertragen können.“ Zögernd trat der Bettler ein.

„Da, setz dich an den Ofen und wärme dich. Hast wohl auch Hunger?“

Der Bettler nickte. „Mußt halt noch etwas warten, bis meine Frau vom Laden kommt. Habe selbst noch nichts gegessen!“ Dann zog Albert einen Stuhl heran und setzte sich zu dem Bettler.

Schweigen herrschte in der Stube. Nur das Ticken der Uhr durchbrach die Stille. Es war, als ob die Seelen beider Menschen sich suchten. Da sagte Albert: „Einem jeden von uns drückt das Elend seinen Stempel auf!“

„Elend habt ihr?“ fragte verwundert der Bettler und sah dabei in der Stube umher.

„Ach, du meinst wohl, weil es hier so leidlich mohnbar aussieht, hätten wir keine Not?“ erwiderte Albert. Täuschung ist es. Vermer als du bin ich, elender als du leben wir. Wenn du zu zehn Tage fleißig betteln gehst, kannst du vielleicht mehr zusammenbringen, als ich in zehn Tagen auf der Zeche verdiene. Was nützt uns ein Dach über dem Kopf, ein Bett, was Weib

und Kind, wenn man hungern muß? Hungern an Leib und Seele trotz schwerer Arbeit? Du hast es da leichter, Alter. Brauchst nicht in harter Fron zu arbeiten, brauchst keine Miete, keine Steuern zu zahlen. Deine einzige Sorge ist nur das Essen. Und da fallen genug Brokranten in den Wohnungen der Menschen ab, so daß auch dies mir nicht so schwierig erscheint, einem vorüberziehenden Wanderer eine Labung zu reichen. Das wird wohl keiner verdammen!“

Während Albert so sprach, blickte er dem Bettler in das struppige Gesicht, aus dem ein paar helle, gutmütige Augen leuchteten.

Nun hub auch der Alte an zu sprechen: „Wenn ich so am warmen Ofen sitze, tauchen plötzlich Erinnerungen an die Kindheitstage in mir auf. Und das ganze Leid meines verfehlten Lebens steht plötzlich vor meiner Seele. Darum betrete ich selten eine menschliche Wohnung, damit die alte, vergangene, schöne Zeit in mir nicht erwacht!“ Träumerisch blickte der Bettler bei diesen Worten in die Glut des Ofens. Dann fuhr der Alte fort: „Freilich, so ein Leben wie ihr hier lebt, ist schlimmer als im Gefängnis sitzen. Auch ich habe einst so gelebt wie ihr. Doch eine ewige Sehnsucht nach etwas Unbekanntem trieb mich fort, hinaus in die Welt. Nur in völliger Freiheit und Ungebundenheit konnte ich leben, denn die Gesetze der Menschen empfinde ich als Zwang, worin ich mich nicht fügen kann. Lieber will ich auf freier Landstraße sterben als einem Gesetz mich beugen!“

Da kam Minna zurück. Sie erschraf leicht, als sie den alten Mann da sitzen sah.

„Ein Leidensgenosse“, sagte Albert erklärend. „Wollte ihn etwas zu essen geben, hatte aber kein Brot!“

Nachdem Minna gedeckt hatte, lud Albert den Bettler zu Tisch. „Komm, Alter, is!“, was dieser sich nicht zweimal sagen ließ.

„Wißt ihr“, fing der Bettler an zu reden, als alle gegessen hatten, „ihr habt mir den Glauben an die Menschen durch eure liebevolle Bewirtung wiedergegeben. Man pocht halt an Türen, wo oft statt einer Gabe der Hund auf einen gebett wird. Im Frühling und Sommer ist's halt am schönsten auf der Landstraße. Aber der Winter ist ein gar unlieblamer Gesell. Mürrischer sind da die Menschen und geben auch nicht so reichlich und gerne wie zur Sommerszeit. Ja, ja, in unsreinem sehen manche Menschen gar kein Wesen aus Fleisch und Blut und Seele. Wahrhaftig, viele Menschen scheinen kein Herz mehr zu besitzen; denn Mitleid und Mitleid sind kostbare Edelsteine geworden. Aber mögen die Menschen sich noch so hoch und erhaben fühlen. Einen Trost habe ich doch: vergehen müssen sie alle einmal, wie alles auf dieser Erde, und mitnehmen kann keiner etwas. Ich muß nun wieder fort. Schon zu lange verweile ich hier. Habt Dank für eure Gabe. Lebt wohl!“

Dann trat der Bettler auf die Straße. Hastig schritt er in den Schneesturm hinein, dem Ziele seiner ewigen Sehnsucht entgegen.

Minna brach zuerst das Schweigen. „Der hat aber Hunger gehabt“, sagte sie. „Nur traurig ist's, daß ein so alter Mann kein Heim hat!“

Damit war für Minna die Sache mit dem Bettler abgetan. Ihre Gedanken waren schon wieder bei dem Geld angelangt. Darum drehte sich ihre ganze Gedankenwelt. Trotz allem Rechnen reichten die wenigen Mark kaum zum Notwendigsten. Und es fehlte doch an allem in der Wirtschaft, an Wäsche, Kleidung, Betten für die Kinder und noch an so vielem anderen. Ja, wenn sie so aus dem Vollen hätte schöpfen können, oh, dann würde sie jeden Tag Fleisch kochen, ei, das wäre eine Lust, Hausfrau zu spielen! Aber so, so — und über all diese Not mußte sie weinen.

Albert war vor Uebermüdung eingeschlafen. So entging es ihm, wie Minna sich sorgte und grämte. Und so ward ein Tag wie der andere. Immer in gleichem Rhythmus — Proletariereben! Alban Sommer.

Blikableiter.

Der von Benjamin Franklin erfundene Blikableiter ist unzweifelhaft eine den Menschen nützliche Erfindung. Bekanntlich dient er dazu, um die elektrischen Entladungen der Wolken, welche im Blitze oft zur Erde fahren, aufzufangen und unschädlich weiterzuleiten. Oft sind aber auch Menschen mit solch einer Energie geladen, daß sie unbedingt einen Blikableiter brauchen, wo sie sich entladen können. Man wälzt sich den ganzen Groll und Mergel, die Mißstimmung und Wut vom Herzen, mag der andere sehen, wie er damit fertig wird.

Mit einer solchen geladenen Stimmung befand sich heute der Betriebsführer oder, wie man den Chef überall zu nennen pflegt, „der Alte“. Die Förderung hatte in letzter Zeit nicht das vorgeschriebene Pensum erreicht, darum hatte er von der Generalverwaltung einen diskreten Wink bekommen, daß sich die Förderungsziffer zu heben habe. Daß bei der in letzter Zeit stattgefundenen Betriebseinschränkung und dem gefährlichen Raubbau auch mal eine Zeit kommen kann, wo die Förderung periodenweise auf Grund der Verhältnisse zurückgehen muß, davon wollte man nichts wissen. Hier hieß es: Kohlen, und nochmals Kohlen! Mißgestimmt ließ er den Obersteiger rufen, um mit ihm die Sache zu besprechen.

Der Obersteiger (dienstfertig): „Herr Betriebsführer haben mich rufen lassen.“

„Nun, hm! Bei meiner geistigen Befahrung von Revier II bemerkte ich, daß im westlichen Stapel verschiedene Schachtbretter fehlen; überhaupt scheint mir der Stapel sehr reparaturbedürftig zu sein.“

„Begen der Reparaturen werde ich gleich die Anordnungen geben, Herr Betriebsführer.“

„Dann noch eins, Herr Obersteiger: die Kohlenförderung ist in letzter Zeit sehr zurückgegangen. Abgesehen von einigen Revieren, liegen die Verhältnisse im allgemeinen günstig, die Leute können dort mehr Kohlen liefern, aber ich glaube, das Gedinge steht dort zu hoch. Mehr brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen.“

„Ich verstehe, Herr Betriebsführer, werde in Ihrem Sinne die Angelegenheit regeln. Sie können sich ganz auf mich verlassen.“

Das war die erste Entladung. Bis zur Endstation hat die Zeitung aber noch manche Bindungen zu machen. Der Vorwurf, den er aus den Worten des Betriebsführers herausfühlte, verlegte den Obersteiger in eine explosive Stimmung.

„Steiger M., vom Ersten ab haben Sie 20 Wagen mehr zu liefern!“

„Aber, Herr Obersteiger, Sie wissen doch, daß mein bester Kohlenpfeiler zu Bruch gegangen ist.“

„Er hätte schon längst aufgebaut sein können! Sie hätten überhaupt auch besser danach sehen müssen, daß richtig verbaut wurde. In Ihrem Revier scheint alles drunter und drüber zu gehen. Wenn Sie das Revier nicht führen können, dann wird es Ihnen weggenommen. Also nochmals: vom Ersten ab ver-lange ich 20 Wagen mehr. Beschwerden können Sie sich beim Betriebsführer!“

Das war die zweite Entladung. Daß bei der Jagd nach Kohlen die Reparaturarbeiten liegen blieben, daß das Gedinge so gesetzt ist, daß den Leuten keine Zeit zum ruhigen, sicheren Arbeiten blieb, das alles wird bei den unerhörten Leistungen, die man vom Kumpel verlangt, nicht berücksichtigt. Dem Steiger schmeckte heute kein Mittagessen. Geladen mit einer Ueberkapazität, fuhr er in die Grube.

„L., wieviel Wagen Kohlen haben Sie?“

„Dreißundzwanzig.“

„Was, erst dreißundzwanzig, und schon 10½ Uhr? Was wollen Sie denn verdienen?“

„Ja, Steiger, das Hangende ist hier schlecht, da müssen wir gut verbauen und dann müssen wir uns noch das Holz zusammensuchen. Da können wir nicht mehr liefern.“

„Hier ist mehr zu liefern! Vorigen Monat habt Ihr 60 Pf. über den Durchschnitt verdient, vom Ersten ab gibts 5 Pf. weniger für den Wagen und damit basta! Was Ihr verdient, wird ausgezahlt!“

Steiger M. hatte seine Ueberkapazität weitergeleitet.

Friß L. war ein alter Kumpel, welcher glaubte, auf Grund seiner langjährigen Berufsausübung eine kleine Vorzugsstellung innezuhaben. Am Monatschluß hatte er 6,32 M. pro Schicht verdient. Das war ihm für seine Wühlererei zu wenig und jetzt fand er auch den Weg zum Betriebsrat. Er, der nie zu bewegen war, seiner Berufsorganisation beizutreten, wollte jetzt in der Not mit einer kaumenswerten Selbstverständlichkeit eine Errungenschaft derselben in Anspruch nehmen. Die Vorstellung des Betriebsrats beim Betriebsführer war erfolglos. „Die Leute können mehr liefern, wenn Sie bloß wollen“, sagte der Betriebsführer. Also blieb unserem Kumpel Friß nur noch der Klageweg übrig. Da er aber nicht organisiert war und unser Betriebsrat mit Recht nicht einfiel, weshalb wir die Beitragscheuen auch noch finanziell unterstützen sollen, war er nicht imstande, auf eigene Faust die Klage einzureichen. Erfolglos mußte er abziehen. In der Kneipe machte er seinem Herzen Luft, indem er den ganzen Mergel auf den Verband abwälzte.

„Der Verband taugt überhaupt nichts!“ schimpfte er. „Er kann überhaupt nichts machen! Die Betriebsräte füllen sich bloß die eigenen Taschen!“

Für alle Mißstände und Unzulänglichkeiten wurde der Verband verantwortlich gemacht. Weiter ging es nicht mehr. Es

macht sich gar schön, einen Sündenbock zu haben, dem man alles, was man sich selber einbrockt, in die Schuhe schiebt. Bildlich gesprochen: man braucht eben manchmal einen Blikableiter. In der Not findet man auch die Instanzen, welche man sonst in eitlem Selbstüberhebung schmäht. So erging es auch unserem Friß.

Als aber über die ganze Sache Gras gewachsen war, ließ er sich, um für künftige Fälle besser gerüstet zu sein, in den Verband aufnehmen, und da er mußte, was der Verband in der Not wert ist, ward er ein treues und eifriges Mitglied. Schw.

Die zehn Alkoholgebote.

1. Trinke Wein, Schnaps und Bier, auf daß du nicht ewig gesund bleibest! Erst eine Herz-, Leber- oder Nierenkrankheit macht das Leben interessant.
2. Trinke kein Wasser, auf daß dein Verstand nicht so klar bleibe wie das Wasser! Trinke viel Alkohol, dann weißt du nicht, was du willst, und solche Menschen sind allgemein beliebt.
3. Trinke recht viel Schnaps! Schnaps verrotzt. Und rohe und brutale Menschen sind besonders gesucht als Fremde und Gefährten.
4. Trinke recht viel Bier, auf daß dein Wille geschwächt werde! Willensstarke Menschen kommen besser vorwärts im Leben, und das willst du doch nicht.
5. Trinke recht viel Wein, auf daß du deine Nöte und Sorgen vergißest! Du kümmerst dich sonst auf den Gedanken kommen, ihre Ursachen zu beseitigen, und das wäre für die bestehende Klasse gefährlich.
6. Trinke keinen alkoholfreien Wein, weil die Nährstoffe in ihm noch unvergoren, das heißt unverdorben sind. Es ist viel vernünftiger, sie in verdorbenem Zustand zu genießen.
7. Gehe jeden Tag ins Wirtshaus! Du kannst mit deinem sauer verdienten Geld und deiner Zeit gar nichts Besseres anfangen.
8. Betrünke dich von Zeit zu Zeit, damit die Leute sehen, daß du ein Mann bist!
9. Trinke vor allem, wenn du mit anderen zusammen bist! Es gibt nichts, was so leicht zu Zank und Streit führt und jede Gemeinschaft zerstört, wie der Trunk. Außerdem sind zank- und streitkräftige Menschen überall besonders geachtet und beliebt.
10. Trinke bei jeder Gelegenheit! Die andern tun es auch, und warum sollst du geistlicher sein als die andern?

Für die internationale Siebenstundenschicht!

Vorbereitende technische Konferenz in Genf.

Die Bestrebungen der Bergarbeiterinternationale zur Vereinheitlichung der bergbaulichen Arbeitsbedingungen treten nun in ein entscheidendes Stadium. Auf Ersuchen des Völkerbundes hat das Internationale Arbeitsamt (I.A.) zum 6. Januar eine Konferenz der europäischen Kohlenländer einberufen, die sich mit den Fragen der Arbeitszeit, der Löhne und der sonstigen Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter befassen soll. Es besteht die Absicht, auf dieser Konferenz einen oder mehrere Entwürfe internationaler Abkommen auf diesen Gebieten aufzustellen und dem Verwaltungsrat des Arbeitsamts zu empfehlen, diese Entwürfe auf der am 10. Juni 1930 beginnenden allgemeinen Arbeitskonferenz zur endgültigen Beschlussfassung zu bringen.

Die Konferenz wird beschickt werden von Deutschland, Oesterreich, Belgien, Spanien, Frankreich, England, Holland, Polen und Tschechoslowakei, und zwar wird jedes der genannten Länder je einen Regierungs-, einen Unternehmer- und einen Bergarbeitervertreter mit den üblichen technischen Ratgebern und Sachverständigen entsenden. Die deutsche Delegation wird von dem Ministerialdirektor Sijler vom Arbeitsministerium geführt werden, dem die Herren Claassen und Hagen als technische Ratgeber beigegeben sind. Die Bergbauunternehmer werden durch Dr. Hingst (Essen) sowie Generaldirektor Pfatschek und Wikstott und einen obersteleischen Unternehmer vertreten. Die Bergarbeiterverbände entsenden als stimmberechtigten Delegierten unseren Vorsitzenden August Schmid, ferner Rothhäuser und Brylla als Beigeordnete. Außerdem wird unser Kollege Dr. Berger (Wochum) an den Beratungen teilnehmen.

Die Einberufung einer derartigen technischen Vorkonferenz zur Beratung internationaler Übereinkommen bedeutet für die internationale Arbeitsorganisation eine Neuerung, die von dem bisherigen geschäftsordnungsmäßigen Verfahren abweicht. Im Verwaltungsrat des I.A. hat auch dieserhalb eine längere Debatte stattgefunden, da eine Anzahl von Ländern Bedenken trugen, den sonst vorgezeichneten Weg der doppelten Besetzung auf zwei getrennten Arbeitskonferenzen zu verlassen. Wenn dennoch diese formalen Bedenken überwunden wurden, so deshalb, weil allenthalben das internationale

Kohlenproblem als besonders dringend

angesehen wird und insgedessen auch für das I.A. die Notwendigkeit besteht, durch schnell wirksame Maßnahmen an der Lösung der Kohlenkrise mitzuarbeiten. So gewiss es ist, daß die Kohlenfrage nicht aus einem Punkte zu lösen ist — ist doch namentlich auf weltwirtschaftlichem Gebiete in dieser Hinsicht noch sehr vieles zu tun —, so erheischen die jetzt angebahnten sozialpolitischen Lösungsversuche ein ganz besonderes Interesse.

Die ursprüngliche Initiative zur bevorstehenden Veranstaltung lag bei der Bergarbeiterinternationale. Schon 1925 hat das Exekutivkomitee der Internationale beim Genfer Arbeitsamt eine Erhebung über Arbeitszeit und Löhne im Steinkohlenbergbau veranlaßt, eine Untersuchung, die heute in ihren Ergebnissen für 1925 und 1927 vorliegt und eine der wesentlichsten Grundlagen für die Konferenzdiskussion darstellt. Unter Bezugnahme darauf hat der letzte internationale Kongreß in Lima die Einberufung sowohl einer Kohlenwirtschaftskonferenz als auch einer sozialpolitischen Kohlenkonferenz vom Völkerbund bzw. vom I.A. verlangt. Beide Instanzen sind auf diese Anregungen eingegangen. Der Völkerbund hat sein Wirtschaftskomitee mit der Behandlung der wirtschaftlichen Kohlenfragen beauftragt und im Laufe des Jahres 1929 mehrere Besprechungen von Sachverständigen aus Unternehmer- und Bergarbeiterkreisen herbeigeführt, die, nachdem diese Besprechungen noch nicht zu abschließenden Ergebnissen gelangt sind, demnächst, wahrscheinlich im Frühjahr 1930, fortgesetzt werden sollen. Auch das Arbeitsamt hat der Nimer Entschließung seine Aufmerksamkeit geschenkt und seine Vorarbeiten, insbesondere zur Regelung der Arbeitszeit unter Tage, so wesentlich gefördert, daß es ihm möglich ist, der Januar-Konferenz alle erforderlichen Materialien bereitzustellen.

Bei diesen Unterlagen befindet sich auch der

Borentwurf zu einem Sonderarbeitszeitabkommen für den unterirdischen Kohlenbergbau.

Das Arbeitsamt ist bei dessen Aufstellung von der richtigen Erwägung ausgegangen, daß die Arbeitszeit auf der Konferenz als wichtigster Gegenstand behandelt werden wird. Freilich sind auch die anderen Fragen von Bedeutung. So könnte man sich denken, daß in bezug auf die Bergarbeiterlöhne gewisse einheitliche Richtlinien über den Tarifabschluß, das Schlichtungswesen, Entlohnung, Arten und Methoden vereinbart werden. Auch könnte die Urlaubsgewährung und der Deputatlohlenbezug Gegenstand der gemeinsamen Erörterungen der europäischen Kohlenländer bilden. Nichtsdestoweniger ist jedoch die Arbeitszeitregelung am dringlichsten, ganz abgesehen davon, daß bereits eine allgemeine internationale Arbeitszeitkonvention, nämlich das Washingtoner Abkommen, das sich grundlegend auch auf den Bergbau erstreckt, bereits vorliegt. Das Washingtoner Übereinkommen entspricht aber nicht den tatsächlichen Verhältnissen im Bergbau. Es ermangelt sowohl einer Bestimmung, was unter bergbaulicher Arbeitszeit zu verstehen sei, wie auch zahlreiche Länder, selbst solche, die das Abkommen bereits ratifiziert haben, in Würdigung der besonderen Schwierigkeiten der Bergarbeit gewisse eigene Regelungen für den Bergbau teils landesgesetzlich, teils tarifvertraglich vorgeesehen haben. Wenn daher eine Vereinheitlichung der bergbaulichen Arbeitszeit (unter Tage) den erstrebten wirtschaftlichen Erfolg haben soll, nämlich den Grundgedanken der Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen in bezug auf die Arbeitszeit zu verwirklichen, so müßte für die Bergarbeiter inhaltlich und buchstäblich eine günstigere Regelung getroffen werden als die von Washington.

Der Nimer Bergarbeiterkongreß hat die einheitliche Bemessung der Schichtzeit auf

neben Stunden von Bank zu Bank

vorge schlagen. Dadurch ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die Bergarbeiter sowohl auf die Gleichmäßigkeit der Be-

rechnungsart (von Bank zu Bank) als auch auf die Einheitlichkeit in der Höhe der Arbeitszeit Wert legen. Beides ist wichtig. So gibt es Länder, die nach dem Buchstaben des Gesetzes eine sehr kurze Arbeitszeit eingeführt zu haben scheinen, zum Beispiel England, in Wirklichkeit aber, wenn man die Arbeitszeit auf eine internationale vergleichbare Maßeinheit zurückführt, weit weniger günstig dastehen. Daher hat das I.A. zunächst einmal versucht, zu einer einheitlichen Berechnungsart zu kommen, und hat dafür die

individuelle Anwesenheitszeit in der Grube

zugrunde gelegt, d. h. den Zeitabschnitt, den der einzelne Arbeiter in der Grube verbringt vom Betreten des Förderkorbes bei der Einfahrt bis zum Verlassen des Förderkorbes bei der Ausfahrt. Auf diese einheitliche Basis „von Bank zu Bank“ bezogen, ist die tägliche Arbeitszeit mit 7 Stunden 28 Minuten in der Tschechoslowakei am kürzesten und am längsten mit 8 Stunden 30 Minuten in einigen Kohlenrevieren von Großbritannien und im polnischen Revier von Dombrowa und Kratau. In einigen Ländern, so in England, Holland und Polen, wird außerdem Sonnabends verkürzt gearbeitet. Die deutsche Schichtbemessung entspricht ungefähr dem internationalen Maßstabe. Ab 1. Januar 1930, zu welchem Zeitpunkt im Nacher Revier eine Verkürzung um eine Viertelstunde eintritt, hat Deutschland durchweg eine achtstündige Schichtzeit. Mit dem Zustandekommen des neuen Bergarbeitsgesetzes wird auch die beispielsweise an der Ruhr noch bestehende kleine Abweichung von der internationalen Berechnungsart wegfallen. Die Schichtzeit des Ruhrbergmanns endet ja bekanntlich nicht mit dem Verlassen des Förderkorbes bei der Ausfahrt, sondern mit dem Wiederbetreten des Förderkorbes bei der Ausfahrt.

Neue Finanz- und Wirtschaftsminister.

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben! Da phantasiert die ganze bürgerliche Presse monatlang von Steuer senkung, Reichsbankpräsident Schacht schreibt ein Memorandum an die Reichsregierung, in dem er ihr außenpolitisch unangebrachte Nachgiebigkeit und innenpolitisch, finanzpolitisch Latenzlosigkeit vorwirft. Die Reichsregierung verbittet sich diesen Ton. Darin hatte sie recht, recht auch, wenn sie die außenpolitischen Vorwürfe Schachts zurückwies. Um die innenpolitischen Vorwürfe zu entkräften, veröffentlichte sie vierzehn Punkte eines Finanzreformprogramms, auf dessen Einzelheiten sich keine Regierungspartei festlegte. Jede Partei war einig, aber jede anders! Mit einem faulen Kompromiß trug man der Notlage, die vor der Krise in der Zeit der Geldnot und der Haager Schlußkonferenz warnte, Rechnung. Mit Tabaksteuer und Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung suchte man ein kleines Loch im Danaidschaf der Reichsfinanzen zu füllen. Eine amerikanische Anleihe sollte weiter helfen, damit am 1. Januar die Gehälter an die Beamten gezahlt werden konnten. Die Industriellen tagten noch mal in Berlin, Schacht wurde von der Masse der Versammlung bejubelt, von ein paar Weiterblickenden ausgepöffelt! Schacht, der Hüter der deutschen Währung, der den Städten Kredite abtrieb, um sie der Industrie zuzuführen, weil er sie hier für nötiger hielt, mußte genau, was er wollte und was er konnte. Poppi, der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, hatte seinem Minister eingeredet, daß man von dem amerikanischen Bankenkonzern Dillon & Co. 450 Millionen Goldmark billig auf kurze Zeit gepumpt bekommen könne. Nächstes Jahr könne man dann diese Anleihe in eine langfristige umwandeln. Herr Schacht wollte aber anders, die Franzosen auch und Barker Gilbert und Morgan ebenfalls! Ohne die Mitwirkung oder mindestens die Neutralität der Reichsbank war die Anleihe schwer zu haben. Schacht versagte diese Mitwirkung; die französische Regierung machte Bedenken geltend, daß durch diese Anleihe die Mobilisierung der ersten Young-Plan-Trace gefährdet werden könnte. Der Reparationsagent Barker Gilbert scheint sich diesen Bedenken angeschlossen zu haben, der Konkurrent von Dillon & Co., Morgan, trat ebenfalls in Erscheinung und so wurde durch Schacht, und was hinter ihm stand, dieser Anleiheplan zerfallen. Schacht erbot sich, durch die Reichsbank und deutsche Großbanken das notwendige Geld aufbringen zu lassen, wenn der Reichstag ein Schuldentilgungsgesetz beschliesse, durch das für 1930 die Aufbringung von 450 Millionen Mark garantiert werde. Reichsregierung und Reichstag mußten in diesen lauren Apfel beißen, in der Nacht vom 21. auf den 22. Dezember wurde das Gesetz beschlossen. Zwar kostet diese Anleihe über 1 Prozent Zinsen mehr als die von Dillon & Co., aber was macht das?

Natürlich kann man einen Staatssekretär, der sich so über die tatsächlichen Machtverhältnisse täuscht, seinen Minister und die ganze Reichsregierung so bliamiert, nicht auf seinem Posten lassen. Den Minister zu halten, bis die Haager Konferenz vorbei war, wäre ebensogut möglich gewesen, wie die Reichsregierung zu halten, die man aus den zwangsläufigen innen- und außenpolitischen Gründen halten mußte. Aber man drängte auch den Minister zum Rücktritt. Die Sozialdemokraten wollten in Dr. Herz einen neuen Finanzminister stellen. Die Lösung wäre gut gewesen. Keine Regierung und kein neuer Finanzminister können in der nächsten Zeit die vierzehn Punkte durchführen, denn der Kassenjammer des Reiches ist nur vorübergehend durch Pump und eine Viertelmilliarde neuer Einnahmen zeitweise behoben. Ein sozialdemokratischer Finanzminister hätte um ein vernünftiges Finanzreformprogramm: Ordnung der Kasse, Sicherung sozialer Notwendigkeiten und dann erst Steuerenkung, kämpfen und mit ihm fallen können. Im hohen Rat wurde aber anders beschlossen. Die Deutsche Volkspartei, die zunächst mit Dr. Herz einverstanden war, befand sich über überein das Finanzministerium, Robert Schmidt von den Sozialdemokraten das Wirtschaftsministerium. Wehners Minister, Umtaus vorbehalten! Dr. Molkenhauer wird zum Haag gehen, die Sozialdemokraten werden dort, wenn

Für die Ausfichten der Konferenz

ist es bemerkenswert, daß außer Deutschland sich auch England gegenwärtig anschickt, die Arbeitszeit der Bergarbeiter einer neuen, und zwar günstigeren, gesetzlichen Regelung zu unterwerfen. Das neue englische Bergbaugesetz sieht eine Verkürzung der Schichtzeit um eine halbe Stunde vor, die am 6. April 1930 in Kraft treten soll. Die Verkürzung um eine weitere halbe Stunde ist mit dem Ablauf des 1926 geschaffenen Ausnahmegesetzes für Mitte 1931 zu erwarten. England würde dann eine unterirdische Arbeitszeit von 7 1/2 Stunden, zurückgeführt auf die einheitliche Basis, haben. Der Entwurf des deutschen Bergarbeitsgesetzes sieht eine regelmäßige Schichtzeit von 7 1/2 Stunden täglich bzw. eine achtstündige Schichtzeit, falls darin Ruhepausen oder Arbeitsunterbrechungen von insgesamt mindestens einer halben Stunde fallen, vor. Außerdem ist nicht zu vergessen, daß in Frankreich, im Saargebiet, in der Tschechoslowakei, zum Teil auch in Belgien die auf die einheitliche Grundlage zurückgeführte Arbeitszeit heute schon kürzer als 8 Stunden ist.

Die Genfer Januar-Konferenz ist ein Ereignis von grundlegender Bedeutung für die internationale Bergarbeiterschaft. Noch auf dem Nimer Kongreß konnte niemand erwarten, daß die Anregungen der Internationale in so kurzer Zeit schon zu praktischen Verwirklichungen führen würden, wie sie jetzt in Genf in Angriff genommen werden. Freilich soll man sich nicht verhehlen, daß die Bergarbeitervertreter gegenüber den Unternehmern keinen leichten Stand haben werden. Die Unternehmer haben bisher einen großen Teil der Kosten des internationalen Wettbewerbskampfes durch Arbeitszeitverlängerung und Lohndruck auf die Bergarbeiter abgewälzt. Die Möglichkeit dazu soll ihnen jetzt durch ein internationales völkerrechtlich verbindliches Übereinkommen der europäischen Kohlenländer genommen werden. Die Genfer diplomatischen Formen dürfen nicht darüber täuschen, daß im Januar um höchst Grundlegendes gekämpft werden muß: um die Verwirklichung der wirtschaftlichen Völkerverständigung im Geiste der sozialen Gerechtigkeit!

der Reichszanzer gesundheitsshalber nicht kann, ohne Vertretung sein. Dann wird Molkenhauer versuchen, eine Synthese zwischen Schachts realer Finanzpolitik und den Steuerwünschen von Industrie und Handel herzustellen. Daß das ohne Krach in der Koalition gelingt, erscheint zweifelhaft. Daß die Bürgerlichen auf die Dauer je einen Sozialdemokraten im Arbeits- und Wirtschaftsministerium tragbar finden, darf ebenfalls bezweifelt werden. Erscheint schon aus diesen Gründen der neue Zustand nicht als Dauerlösung, so wird das Streben der Volkspartei, durch Abbau der Sozialpolitik vorwärts zu kommen, erst recht eine neue Krise heraufbeschwören. Um das Kampfobjekt: Erhaltung und Sicherung der Fürsorge für das arme Volk, soll sie kommen!

Was die Unternehmer übersehen!

Es ist seit jeher eine Streitfrage gewesen, ob die Kartelle für die Volkswirtschaft nützliche Glieder darstellen oder nur den betreffenden Industrien zu helfen bestimmt sind. In der jüngsten Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie: „Aufstieg oder Niedergang?“ wird auch die Kartellfrage behandelt und dabei festgestellt, daß sie den Markt ordnen und damit die Voraussetzungen für eine gesunde Kapitalbildung schaffen. Mit dieser Frage befaßt sich der bekannte Redakteur der Handelszeitung des „Berliner Tageblatts“, Felix Pinner, in der Nr. 578. Dabei macht er Ausführungen, die uns durchaus zutreffend erscheinen:

„Wenn neues Kapital dazu verwendet wird, um eine moderne und rationelle Produktion herzustellen, wenn gleichzeitig die Unternehmer durch kartellmäßige Vereinbarungen oder durch ähnliche Transaktionen ihre Hand dazu bieten, daß früher investiertes, aber nicht mehr fruchtbares Kapital weiter eine Rente erhält, so können sich daraus Möglichkeiten unwirtschaftlicher Kapitalverwendung, falscher Kapitalverteilung ergeben, die den Wirkungsgrad der Wirtschaft wie des Kapitals in unökonomischer Weise beeinflussen.“

Die Rationalisierung, in die sich die deutsche Wirtschaft nach dem häufig genug falsch verstandenen Beispiel Amerikas stürzte, hat verhältnismäßig sehr große Neutapitalien in Anspruch genommen und sich dafür mit Zinsen belastet, deren Höhe die theoretisch erwartete Rentabilitätssteigerung meist nicht in Erscheinung treten ließ. In Industrien, deren Kapazität zur Deckung ihrer inländischen und ausländischen Abnahmmöglichkeiten voll hinreichte, wurden neue, zum Teil riesenhafte Beträge investiert, die wirtschaftlich den Effekt hatten, die Kapazitäts-Überdimensionierung nur noch zu vergrößern, ohne daß die Selbstkostenvorprünge solcher rationalisierten Unternehmungen infolge ihrer hohen Zins- und Abschreibungslasten groß genug waren, um die vorher dagewesene unmoderne Produktionskapazität in ihren Gewerben mit den Mitteln überlegenen Wettbewerbs aus dem Felde schlagen zu können. Das Kartell soll in solchen Fällen häufig gut machen, was Überinvestition und „Rationalisierung“ verschuldet haben. Die Kosten solcher in sich widerspruchsvollen, gleichzeitig auf verstärkte Rationalisierung und verstärkte Kartellierung ausgehenden Politik werden unter der Maxime Kapitalerhaltung dem Verbrauch aufgebürdet. Sie führen dazu, daß die geregelten, das heißt von den Kartellen festgesetzten Preise auch in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression ihre Entwicklung unverdrossen nach oben fortsetzen, während die Preise für Rohstoffe und Halbwaren mit freier Preisbildung längst ihren Rückmarsch angetreten haben.“

Des ferneren wird ausgeführt, daß sich die Industrie über den Kapitalverzehr durch die öffentliche Steuer- und Unternehmungswirtschaft beschwert. „Über den falschen Kapitalverbrauch, den auch sie mitunter treibt, die Fehler in der Kapitalerhaltung und Kapitalverteilung, deren auch ihre Kartelle sich schuldig machen, sieht sie nicht und sucht sie durch allgemein gehaltene Behauptungen über die kapitalerhaltende Wirkung der Kartelle zu verdecken.“ Derartige Gesichtspunkte werden in der Regel von den Denkschriftenschreibern übersehen, wodurch solche Dokumente ein vollständig einseitiges Gepräge erhalten.

Lohnsteuererstattungen für 1929.

Nach dem 31. März 1930 eingereichte Anträge werden abgelehnt.

I. Wer kann einen Erstattungsantrag für 1929 stellen?

Jeder Arbeitnehmer, der für das Kalenderjahr 1929 nicht zur Einkommensteuer veranlagt wird, sofern er im Kalenderjahr 1929 mindestens 4 M. Lohnsteuer entrichtet hat und einer der unter II bezeichneten Erstattungsgründe vorliegt. Nicht veranlagt werden die Arbeitnehmer, die nur Arbeitslohn im Betrage von nicht mehr als 9200 M. bezogen haben, und die Arbeitnehmer, deren Gesamteinkommen (Reineinkommen) 8000 M. nicht übersteigt hat, wenn in diesem Gesamteinkommen außer Arbeitslohn noch sonstiges Einkommen von nicht mehr als 500 M. enthalten ist.

II. Aus welchen Gründen kann ein Erstattungsantrag gestellt werden?

1. Wenn infolge Verdienstauffalles, z. B. teilweiser Arbeitslosigkeit, Krankheit, Aussperrung, Streik, Kurzarbeit, der steuerfreie Lohnbetrag von regelmäßig 1200 M. und die nach dem Familienstande frei bleibenden Beträge (also z. B. bei einem Ledigen 24 M., bei einem Verheirateten ohne Kinder 26,40 M., bei einem Verheirateten mit einem Kind 28,80 M. wöchentlich usw.) im Laufe des Jahres 1929 nicht voll berücksichtigt worden sind.

2. Wenn im Jahre 1929 die Leistungsfähigkeit durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse wesentlich beeinträchtigt worden ist, z. B. im Falle außerordentlicher Belastung durch Unterhalt oder Erziehung der Kinder, mittellose Angehörige, Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle, und dies nicht schon durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages beim Steuerabzug berücksichtigt worden ist.

3. Wenn ohne Vorliegen der unter 1 und 2 bezeichneten Voraussetzungen im Jahre 1929 vom Arbeitslohn Steuerabzugsbeträge einbehalten worden sind, obwohl der Arbeitslohn weniger als die im Einkommensteuergesetz vorgesehenen Freibeträge ausgemacht hat. Diese Freibeträge, auf das Jahr umgerechnet, ergeben sich aus nachstehender Tabelle:

Anzahl der Kinder	Jahresfreibeträge bei Arbeitnehmern mit Ehefrau	ohne Ehefrau
Keine Kinder	1320 M.	1200 M.
1 Kind	1440 "	1320 "
2 Kinder	1680 "	1560 "
3 "	2160 "	2040 "
4 "	2880 "	2760 "
5 "	3840 "	3720 "
6 "	4800 "	4680 "
7 "	5760 "	5640 "
8 "	6720 "	6600 "

III. Wann muß der Erstattungsantrag gestellt werden?

In der Zeit vom 1. Januar 1930 bis zum 31. März 1930. Erstattungsanträge, die nach dem 31. März 1930 gestellt werden, können nicht berücksichtigt werden.

IV. Wo muß der Erstattungsantrag gestellt werden?

Bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 10. Oktober 1929 seinen Wohnsitz gehabt hat.

V. Wie muß der Erstattungsantrag gestellt werden?

1. Bei Verdienstauffall (oben II 1) durch genaue Ausfüllung des Antragsvordrucks.

2. Beim Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse (oben II 2) muß der Antrag enthalten:

a) eine eingehende Darlegung der besonderen Verhältnisse, auf die der Antrag gestützt wird, unter Angabe der Höhe der besonderen Aufwendungen und Beifügung von Belegen (zum Beispiel Rechnungen);

b) die auf dem Antragsvordruck unter Ziffer 1 und 4 bezeichneten Angaben, wobei hier auch die Höhe des Arbeitslohnes der Ehefrau anzugeben ist, unter Beifügung der unter Ziffer 5 a bis c des Antragsvordrucks geforderten Belege.

VI. Welche Unterlagen müssen dem Erstattungsantrag beigelegt sein?

1. Die Steuerkarte 1929 und, sofern für den Steuerabzug Steuermarken verwendet worden sind, die Einlagebogen, die im Kalenderjahr 1929 zum Einkommen und Entwerten von Steuermarken verwendet worden sind, oder eine Bescheinigung des Finanzamts über die bereits erfolgte Ablieferung.

2. Bescheinigungen der Arbeitgeber, aus denen die Höhe des Arbeitslohnes, die einbehaltenen Lohnsteuer und eventuelle Angaben über die Zeit der Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. hervorgehen (vgl. Ziffer 5 c des Antragsvordrucks).

3. Im Falle des Verdienstauffalles infolge Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, infolge Erwerbslosigkeit, Aussperrung oder Streik die Erwerbslosenkontrollkarte, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge oder eines Berufsverbandes.

4. Im Falle des Vorliegens besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse Rechnungen und sonstige geeignete Belege.

VII. Welche Beträge werden erlassen?

1. Niemals mehr, als im Kalenderjahr 1929 an Lohnsteuer einbehalten worden ist.

2. Wenn infolge Verdienstauffalles durch Krankheit, Aussperrung, Streik oder sonstige Arbeitslosigkeit die Freibeträge nicht gutgebracht worden sind, für jede volle Woche des Verdienstauffalles die sich aus nachfolgender Tabelle ergebenden, nach dem Familienstande abgestuften Beträge:

Anzahl der Kinder	Für jede volle Woche des Verdienstauffalles sind zu erlassen bei Arbeitnehmern mit Ehefrau	ohne Ehefrau
Keine Kinder	2,00 M.	1,80 M.
1 Kind	2,20 "	2,20 "
2 Kinder	2,60 "	2,60 "
3 "	3,55 "	3,55 "
4 "	5,00 "	5,00 "
5 "	6,95 "	6,95 "
6 "	8,85 "	8,85 "
7 "	10,75 "	10,75 "
8 "	12,70 "	12,70 "

3. Bei Kurzarbeitern und Arbeitnehmern, bei denen 1 bzw. 2 Prozent vom vollen Arbeitslohn deswegen einbehalten worden sind, weil ein Zeitraum, für den der Arbeitslohn gezahlt worden ist, nicht festgestellt werden konnte, der Unterschied zwischen der einbehaltenen Steuer und der Steuer, die sich berechnet, wenn die Freibeträge und Familienermäßigungen vom Arbeitslohn abgezogen werden.

4. Im Falle des Vorliegens besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse ein Betrag, der vom Finanzamt nach pflichtgemäßem Ermessen festgestellt wird.

5. Wenn trotz Nichterreicherung der Freigrenze (siehe Ziff. II 3) Steuerabzugsbeträge einbehalten worden sind, der ganze einbehaltenen Steuerbetrag.

6. Jahresbeträge unter 4 M. werden nicht erstattet.

VIII. Welches Rechtsmittel kann der Arbeitnehmer gegen die Entscheidung des Finanzamts über seinen Erstattungsantrag einlegen?

In den oben unter II 1 und 2 bezeichneten Fällen den Einspruch, der binnen einem Monat nach Bekanntgabe der Entscheidung beim Finanzamt einzureichen ist.

Der steuerfreie Lohnbetrag im Bergbau.

Die Landesfinanzämter Düsseldorf, Münster, Köln, Hannover und Kassel haben mit den zuständigen Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen am 26. November 1929 in Essen vereinbart, daß für das Steuerjahr 1930 der steuerfreie Lohnbetrag für Werbungskosten und Sonderleistungen (in der Regel 100 M.) anderweitig festgesetzt wird und zwar für einen Arbeiter im Bergbau mit einem monatlichen Verdienste

	bis 200 M.	von 200 bis 300 M.	von 300 bis 400 M.	über 400 M.
sind steuerfrei	100 M.	115 M.	130 M.	—
Angestellte des Bergbaues mit wesentlich bergmännischer Arbeit haben steuerfrei	100 "	115 "	125 "	135 M.
Angestellte des Bergbaues ohne wesentlich bergmännische Arbeit haben steuerfrei	100 "	100 "	105 "	115 "

Hierbei sind sämtliche Beiträge zur Sozialversicherung, Kirchensteuer, Verbandsbeiträge, Mehraufwand für Berufskleidung usw. eingerechnet. Wer dagegen noch weitere Ausgaben für Sterbekassenbeiträge (Lebensversicherungen), Feuerversicherungen sowie besondere Aufwendungen an Fahrgeldern zur Erreichung der Arbeitsstelle usw. hat, kann immer noch einen besonderen Antrag mit Unterlagen bei dem zuständigen Finanzamt einreichen, um eine weitere Erhöhung des steuerfreien Betrages zu erreichen. Dasselbe gilt natürlich auch für andere besondere Aufwendungen, wie Zahlung von Alimenten, Unterstützung von Eltern oder sonstigen Anverwandten und dergleichen mehr.

Keine Katastrophenpolitik!

Zu einer Zeit, in der Deutschland um Wirtschaftsgeltung und Lebensraum kämpft, wird von Unternehmerorganisationen und politischen Heißspornen eine Aktion unternommen, die einen neuen Schlag gegen den sozialen Staat und die Lebensinteressen der Arbeitnehmerschaft bedeutet. Die erwarteten Wirtschafts-erleichterungen des Young-Plans dienen dem Reichsverband der deutschen Industrie in Dentschrift und Rundgebung zu einem Vorstoß, der abzielt auf den Abbau der Arbeitslosenversicherung, auf die Aushöhlung der übrigen Sozialversicherung, die Einschränkung des Schlichtungswesens, die Drosselung der öffentlichen Wirtschaft, die Abwälzung der Steuerlasten vom Kapital auf die Arbeit.

Mit den Schlagworten „Sicherung der Rentabilität“ und „Kapitalbildung“ wird von der vereinigten sozialen Reaktion eine Panikstimmung erzeugt, als wäre die deutsche Wirtschaft unter der jehigen Steuer- und Sozialpolitik in eine Katastrophe hineingeführt worden. Der Aufstieg der Wirtschaft im letzten Jahrfünft beweist aber, daß Sozialpolitik und Sozialversicherung den wirtschaftlichen Fortschritt nicht gehemmt, sondern gestützt haben.

Die Gewerkschaften erkennen selbstverständlich die Notwendigkeit ausreichender Kapitalbildung an. Sie bekämpfen aber jene Politik, die einseitig die wirtschaftliche und politische Macht des Unternehmertums stärkt und die Kapitalbildung in den Sparkassen sowie bei den öffentlichen Körperschaften hemmt.

Unter dem Schlagwort „Finanzreform“ wird einseitige Belastung gefordert, die andererseits eine Mehrbelastung der besitzlosen Volksmassen zur Folge haben muß. Eine solche Verschiebung in der Verteilung des Sozialproduktes zugunsten der besitzenden Klassen widerspricht nicht nur den Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft, sondern auch dem Wohle der deutschen Gesamtwirtschaft. Sie würde die Kaufkraft der breiten Volksmassen herabdrücken, den Binnenmarkt einengen, eine allgemeine Krise herbeiführen und damit erst die Wirtschaft „ans Ende ihrer Kraft“ bringen.

Ausgangspunkt der Finanzreform muß die schwierige Lage der öffentlichen Finanzen sein. In erster Linie ist der ständige Fehlbetrag, der das Reich in entwürdigende Abhängigkeit von den Banken gebracht hat, unbedingt zu decken. In Zukunft darf der Haushalt nicht „am Rande des Defizits“ stehen. Er muß die Mittel sicherstellen für die Aufgaben, die der Gesellschaft durch den technischen Fortschritt auf sozialem und kulturellem Gebiete dauernd erwachsen.

Die unberufenen Eingriffe des Reichsbankpräsidenten in Fragen der Regierungspolitik haben die bestehenden Schwierigkeiten noch verschärft. Zu wiederholten Malen hat er notwendige Anleihen der öffentlichen Wirtschaft hintertrieben und sich damit zum Schrittmacher des Privatkapitals im Kampfe gegen die öffentlichen Betriebe gemacht. Die Gewerkschaften fordern, daß mit der Finanzreform auch die Wiederholung derartiger Eingriffe unterbunden wird.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit erkennen die Gewerkschaften an, daß im Interesse der Arbeiterschaft auch den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung getragen werden muß. Im Gegensatz zu einer solchen Verantwortlichkeit schrecken maßgebende Kreise des Unternehmertums gegenwärtig nicht davor zurück, eine unbegründete Krisenstimmung zu erzeugen, die geeignet ist, die Wirtschaft in erheblichem Umfange zu erschüttern.

Indem die Gewerkschaften eindringlich vor der Fortsetzung einer solchen begehrliehen Politik warnen, sehen sie sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß eine unsoziale Umlagerung der wirtschaftlichen Lasten aus der Einkommensverteilung nicht vor sich gehen kann, ohne eine Ära neuer schwerer sozialer Kämpfe heraufzubeschwören.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Grafmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund. Aufhäuser.

der an der „D. Bergw.-Ztg.“ interessierten Privatwirtschaft zu entziehen.

Daß die Knappschaftsvereine in Deutschland durch die Bankrottwirtschaft einer bürgerlichen Regierung ihr Millionenvermögen verloren haben, darüber haben wir von ihr noch keine Kritik gehört, auch nicht darüber, daß große Aktiengesellschaften mit Millionen Knappschaftsvermögen große Kolonien gebaut haben, die in ihrem Wert niemals verloren, wofür die herein-genommenen Knappschaftshypotheken aber nur nach der gefehligen Vorschrift aufgemertet wurden. Aus Entgegenkommen dafür schimpft man heute um so mehr auf das Rentenbegehren der invaliden Bergarbeiter.

Ob die Gelder der Knappschaftsvereine bei der Arbeiterbank mündelicher sind, darüber mag sich die „D. Bergw.-Ztg.“ keine grauen Haare wachsen lassen. Die Anlage ist dort jedenfalls viel sicherer, als vielleicht selbst bei der Deutschen Bank und anderen Privatbanken. Wir verstehen ihren Schmerz, der darin begründet ist, daß die Unternehmer heute nicht mehr allein zu bestimmen, auch nicht mehr die Möglichkeit haben, den Arbeitern nicht nur in den Betrieben, sondern auch noch darüber hinaus das Fell über die Ohren zu ziehen. Wir verstehen ihre Verzerrung auch darüber, daß die Arbeiterbank neben ihren sonstigen Einlagen heute schon die Spareinlagen von etwa 80 000 privaten Sparern besitzt, die damit dem Zugriff der Privatunternehmer entzogen und nur dort angelegt werden, wo es mehr im Interesse der Arbeiter als im Interesse der Unternehmer liegt.

Auf der einen Seite schreit man nach Kapitalbildung, auf der anderen Seite bekämpft man sie, soweit sie nicht in den eigenen Betrieben und den eigenen Banken erfolgt. Auf der einen Seite bezeichnet man die Kapitalbildung durch die kleinen Sparern als Diebstahl an dem Unternehmertum in Form von zu hohen Löhnen, während sich die Privatbanken die Sparten ab-lausen, um der kleinen Sparern, die sie während der Inflation um ihre Ersparnisse betrogen, wieder habhaft zu werden.

Politik, wie siehst du wunderbar aus! So könnte man sagen, wenn man nicht wüßte, daß es immer die alte privatkapitalistische Politik ist, deren Absicht es ist, die immer wieder Gutgläubigen auszubeuten. Die stetige Aufwärtsentwicklung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten beweist, daß sie aus den Kinderstühlen heraus ist, ohne Hilfe der „D. Bergw.-Ztg.“ laufen lernte und unbeschadet aller Angriffe das werden wird, was sie werden soll: eine Sparte für alle der freien Arbeiterbewegung dienenden Arbeiter, Angestellten und Beamten, und damit ein neues Glied der freien deutschen Arbeiterbewegung!

Die Unternehmerpresse gegen die Arbeiterbank.

Die Gründung und die gute Entwicklung der Arbeiterbank war für die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ zu wiederholten Malen Anlaß, ihr Unbehagen über das neueste gewerkschaftliche Unternehmen zum Ausdruck zu bringen. Wir würden gegen eine sachliche Kritik über die Bank nichts einzuwenden haben, wenn diese nicht immer von dem Betreiben getragen wäre, der Arbeiterbank Rechte abzuspargeln, die man für sich und die eigenen Betriebe bei jeder Gelegenheit in Anspruch nimmt.

Vor Monaten war es der Wohlfahrtsminister, dem man es übel nahm, daß er die Arbeiterbank als mündelicher bezeichnete. Diesmal wird der Arbeitsminister um Hilfe angerufen, weil der Vorstand des Halberstädter Knappschaftsvereins gegen die Stimmen der Arbeitgeber beschloßen hat, bei der Arbeiterbank ein Konto zu eröffnen. Vor einigen Tagen wurde die Arbeiterbank bezichtigt, Arbeiter zu nehmen aus Anlaß einer Darlehensgabe an den sächsischen Staat. Von einer Bezeichnung ihrer nachweisbar wesentlichen Lüge hat die „D. Bergwerks-Ztg.“ bis heute Abstand genommen.

Alle anderen Stellen im Reich haben bis heute schon eingesehen, wie abern es ist, dauernd an Dingen herumzukritikieren, die man doch nicht mehr ändern kann. Nur die „D. Bergw.-Ztg.“ macht eine Ausnahme. Was aus ihrer dauernden Kritik spricht, ist doch nichts anderes als der Mangel darüber, daß die organisierten Arbeiter ihre Arbeiterbank nicht nur zur Bewahrung ihrer gewerkschaftlichen Gelder benutzen, sondern daß diese auch dazu übergeht, in weitestem Umfange Spargelder, ja selbst überschüssige Gelder aus den einzelnen Sozialversicherungsinstituten, darunter auch aus den Knappschaftsvereinen, hereinzunehmen. Früher allerdings war es anders, da wurden alle Gelder der Knappschaft nicht nur bei mündelicheren Banken, sondern vielfach auch zu sehr billigen Zinsen in den Betrieben der Unternehmer angelegt. Ob das zulässig war oder ob die Arbeitnehmer-

vertreter damit einverstanden waren, war den Unternehmern schnuppe. In vielen Fällen wurden die Arbeitnehmer gar nicht einmal danach gefragt. Minister, die seitens der Arbeiter um Hilfe angerufen werden konnten, waren damals nicht vorhanden, weil es die Unternehmer immer wieder fertigbrachten, den Ministern der Regierungen in der Vorkriegszeit „den Daumen ins Auge“ zu drücken, um sie ihren Wünschen willfährig zu machen.

Trotzdem die „D. Bergw.-Ztg.“ und ihre Hintermänner wissen, daß viel mehr Geld der Knappschaften bei der Deutschen Bank und anderen Banken untergebracht ist als bei der Arbeiterbank, haben wir bis heute noch nicht wahrgenommen, daß sie den Arbeitsminister einmal angerufen hätte mit der Bitte um Feststellung, ob die dort angelegten Gelder auch sicher sind. Wenn nicht, dann darum, weil ihre Hintermänner, die sie in der „D. Bergw.-Ztg.“ vertritt, bei der Deutschen Bank und anderen Banken Mitverdiener an den Geldern der Knappschaft sind.

Wenn die „D. Bergw.-Ztg.“ die Gründung der Arbeiterbank als eine rein sozialdemokratische Gründung bezeichnet, wird hier mit Absicht gelogen, um die großen und kleinen Spießer gruselig zu machen. Die „D. Bergw.-Ztg.“ weiß, daß die Arbeiterbank eine rein gewerkschaftliche Gründung ist, allerdings mit der ausgeprochenen Absicht, den Gewinn an ihren Geldern der Habgier

Vom 29. Dezember 1929 bis 4. Jan. 1930 läuft die Beitrags-

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, seinen Beitrag im eigenen Interesse pünktlich zu entrichten

Kameraden!

Wir machen darauf aufmerksam, daß mit dem 31. Dezember 1929 die für das Jahr 1929 geltenden Beitragsmarken ihre Gültigkeit verloren haben und eingezogen werden. Die Ortsverwaltungen werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die für das Jahr 1929 bestimmten Beitragsmarken über den 31. Dezember 1929 hinaus unter keinen Umständen zurückgehalten und verwandt werden dürfen, da für 1930 andersfarbige Marken zur Verwendung kommen.

Rationalisierung der Arbeitskraft.

Die Bezeichnung „Rationalisierung“ ist zum Schlagwort geworden und stellt in Wirklichkeit eine alte, seit jeher bestehende Entwicklungslinie der kapitalistischen Wirtschaft dar. Man unterscheidet technische, kommerzielle und volkswirtschaftliche Rationalisierung. Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, die in Deutschland bestehende oberste Spitze für all diese Fragen, gibt zurzeit ein „Handbuch der Rationalisierung“ heraus. In diesem 1234 Seiten starken Buch ist alles zusammengetragen, was auf diesem Gebiete in den letzten Jahren hierzulande geleistet wurde. Wenn sich auch das Buch manchmal allzusehr in die Breite verliert, so ist es doch eine Publikation, die größtmögliche Beachtung verdient. Nicht nur aus Kreisen der Industrie, des Handels, der Banken usw. wird dieses Handbuch mit Nutzen gebraucht werden können, sondern auch die Gewerkschaften müssen die Veröffentlichung des Buches begrüßen. Hier wird zum erstenmal dem interessierten Fachmann und demjenigen, der sich zu orientieren wünscht, eine zusammenfassende Arbeit in die Hand gegeben. Das Buch kann deshalb allen Gewerkschaftsbüros zur Anschaffung empfohlen werden.

In dem Buche befindet sich auch ein Abschnitt: „Die Berufsausslese für die Industrie und ihre Organisation“. Ausgehend von der Tatsache, daß der wichtigste Reichtum Deutschlands seine Arbeitskraft ist, wird eine zweckentsprechende Berufsausslese als ein Mittel bezeichnet, diese Arbeitskraft besser zu verwerten. Es wird der Auffassung entgegengetreten, als ob die technische Rationalisierung jede irgendwie qualifizierte Arbeit verdrängt und an ihre Stelle völlig gleichförmige unkomplizierte Arbeitsverrichtungen setzt, für die man keine besonders geeigneten Arbeitsträger braucht. „Gegen diese Ansicht muß zweierlei eingewendet werden: einmal ist es noch nicht erwiesen, daß die technische Rationalisierung den Facharbeiter verdrängt und an seine Stelle der völlig ungelernete Arbeiter gesetzt wird. Eine völlig ungelernete Arbeit gibt es zudem meist gar nicht, und wo sie tatsächlich vorhanden ist, ist sie falsch angewendet, unrationell, sie könne besser durch eine Maschine ersetzt werden. Eine wirkliche Rationalisierung verwendet den Arbeiter eben erst da, wo er nicht ersparbar ist, das ist in seiner individuellen Qualität. Im Wesen der Rationalisierung muß es letzten Endes liegen, nicht den gelerneten Arbeiter durch den ungelerneten zu ersetzen, sondern umgekehrt: den ungelerneten ganz verschwinden zu lassen und an seine Stelle einen qualifizierten Arbeitsträger zu setzen.“ Das sind Gedanken, die von den Gewerkschaften als durchaus richtig angesehen werden können.

Bzüglich der Berufsausslese sind heute zwei Strömungen wahrzunehmen. Die eine ist in dem Bestreben der Unternehmer zu suchen, aus dem Reservoir der neu zuströmenden Arbeitskräfte sich die besten durch eigene Ausslese herauszufinden. Dadurch tritt zweifellos eine Zerplitterung ein. Nach einer Umfrage der deutschen Werkschulen der Metallindustrie führten 77 Prozent psychotechnische Prüfungen durch, d. h. es wurden nur solche Lehrlinge aufgenommen, die sich der psychotechnischen Prüfung unterzogen hatten. Es fand also eine Spezialuntersuchung und keine Totaluntersuchung statt. Daneben geht die öffentliche Berufsberatung und Berufsausslese einher. Vom allgemein volkswirtschaftlichen Standpunkt muß die private Berufsausslese abgelehnt werden, da sie ohne weiteres den Charakter einer Konkurrenz-ausslese hat. Es ist dem Reichskuratorium für Wirtschaft zuzustimmen, wenn es in dem Buche schreibt:

„Die Gefahr besteht, daß (durch die private Berufsausslese) manche an sich wertvollen Arbeitskräfte ungenutzt und unwerter bleiben: sie scheuen sich vor allen Dingen, kommen zu der Ansicht, daß sie für keinen qualifizierten Beruf geeignet sind und ergreifen daher oft einen ungelerneten Beruf. Diese Tatsache läßt einmal die persönlichen Kräfte zum Gesamtwohl des deutschen Volkes nicht voll zur Geltung kommen und schädigt andererseits in hohem Maße den einzelnen, der oft unberechtigt in einen sozial tieferen Stand gedrückt wird.“

Dieser Gefahr zu begegnen, ist es notwendig, daß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und

Arbeitslosenversicherung die Berufsberatung und Berufsausslese in ein leistungsfähiges System bringt. Dadurch wird die Durchführung einer einheitlichen Arbeitsmarkt- und Berufspolitik gewährleistet. Diese muß den Konjunkturzyklus ständig beobachten, um durch Regulierung der einzelnen Berufskanäle irgendwelche ungesunden Erscheinungen auf dem Arbeits- und Wirtschaftsmarkte zu verhindern. Es ergibt sich daraus die Möglichkeit, die Berufsstände nach den wirtschaftlichen Erfordernissen zu regulieren, indem der Ueberfüllung mancher Berufszweige vorgebeugt und dieser Ueberfüllung in andere Berufszweige gelenkt wird. Die öffentliche Berufsberatung ist also ein wesentliches Mittel der allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Durch obige Ausführungen wird deutlich bewiesen, daß die Rationalisierung der Arbeitskraft immer mehr in den Vordergrund tritt. Wir haben es hier mit einem Problem von überragender Bedeutung zu tun. In ihrem eigenen Interesse sind die Gewerkschaften gezwungen, diese Entwicklung zu beobachten und dort einzugreifen, wo sie es für notwendig halten. Namentlich sind die Schäden der privaten Berufsausslese zu verhindern, die öffentliche ist hingegen zu fördern. Schon deshalb, weil die Gewerkschaften mitzuarbeiten Gelegenheit haben.

Spargelder als Betriebskapital.

Seitens der Industrie wird die Entwicklung der Sparspareinlagen mit scheelen Augen angesehen. Als Kapitalbildung wird diese Ansammlung von Milliardenbeträgen, aus kleinen Quellen gespeist, nicht betrachtet. Im Gegenteil, man hält die Sparspareinlagen für eine Fehlleitung. „Denn derartige Ersparnisse sind erkaufte mit einer Kapitalvertümmung an anderer Stelle, wo unter den heutigen Verhältnissen das betreffende Kapital viel notwendiger und wirksamer ist.“ („Deutsche Bergwerks-Zeitung“, Nr. 277.) Dennoch ist es ein eigenartliches Bild, zu sehen, wie die Großbanken um die Heranziehung der Spargelder bemüht sind. In „Berl. Tagebl.“ (Nr. 596) wird sehr anschaulich geschildert, wie die Konsumgenossenschaften ihre Betriebe mit Spargeldern finanzieren. Ein Drittel des reinen Betriebsbedarfs wurde von Spargeldern gestellt und nahezu die Hälfte der Nettoanlagewerte wurde durch Sparspareinlagen gedeckt gegenüber 14,5 Prozent 1913. „Wir sehen also, daß die Sparspareinlagen für die Konsumvereine eine wesentliche Finanzierungsquelle darstellen. Sparspareinlagen in Höhe von einer Viertelmilliarde, die reichlich zur Hälfte flüssig gehalten werden, ermöglichen bei relativ schwachem Eigenkapital einen Umsatz von einer Milliarde Mark, der sich im ganzen deutschen Einzelhandel bemerkbar macht.“ Die Konsumgenossenschaften zeigen sehr deutlich, wie die Sparspareinlagen als Betriebskapital wirksam gemacht werden. Die privaten Unternehmer sind Gegner der Sparspareinlagen und treten für die Eigenkapitalbildung in den Betrieben ein. Für die Arbeiterschaft ergibt sich die einzige Lehre, die verfügbaren freien Gelder nach wie vor ihren eigenen Sparinstituten, Konsumgenossenschaften und Arbeiterbank, zur Verfügung zu stellen.

Warnung vor Auslandsstellenvermittlern

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß entweder in inländischen Zeitungen vom Auslande her Auskunfts- und Stellenvermittlung angepriesen wird, oder daß auf Anzeigen in inländischen Zeitungen, worin der Inserent zu erkennen gibt, daß er eine Stellung im Auslande sucht, ausländische Auskunfts- und Vermittlungsbüros ihre Dienste anbieten.

So er bietet sich A. Massenbach in Vancouver zur Vermittlung von Stellen für Kanada, John Fisher in New York für die Vereinigten Staaten und Carlos Hugo in Sao Paulo für Brasilien, letzterer sogar mit dem Lockmittel der Verheißung freier Ueberfahrt.

Es kommt diesen Vermittlern fast nur darauf an, die Gebühren „für Unkosten“ von den Stellungsuchenden zu erlangen.

Für die Vereinigten Staaten und im allgemeinen auch für Kanada ist die Vermittlung auf festen Vertrag nach den in diesen Ländern geltenden Gesetzen verboten. Diese Gesetze werden rücksichtslos gehandhabt. Danach ist also eine Inanspruchnahme dieser Stellenvermittlung wertlos. Da auch der genannte Hugo keine freie Ueberfahrt nach Brasilien verschaffen kann, so gilt daselbe für seine Stellenvermittlung.

Wer auswandern will, wende sich um Auskunft an eine der vorhandenen gemeinnützigen Auswanderer-Beratungsstellen.

Sind vierzigjährige Arbeitskräfte minderwertiger?

Es ist eine bedauernde Tatsache, daß Arbeiter und Angestellte, sofern sie die vierzigjahresgrenze überschritten haben, nur sehr schlecht eine neue Stellung zu bekommen vermögen. Ja, man geht sogar schon bis auf 35 Jahre herunter. Die Zeitung des Deutschen Bankbeamtenvereins hat an verschiedene Persönlichkeiten, namentlich Ärzte, die Frage gerichtet, ob die Leistungsfähigkeit eines Menschen mit 40 bzw. 35 Jahren sinkt. Aus den Antworten möchten wir einige Stellen wiedergeben: Prof. Dr. Mendelsohn: „Jeden großen Mann der Vergangenheit haben wir immer nur geistig wie bildlich, als gereifte, erfahrene, weise Persönlichkeiten in Erinnerung: Solon und Homer, Dante und Tizian, Bismarck und Helmholz sich als rosigte Jünglinge vorzustellen, würde jedem Empfinden widersprechen.“ Prof. Dr. Strahmann kommt zu folgendem Schluß: „Ich finde in meinen Beobachtungen nicht die geringste Stütze für die Annahme, daß schon mit 35 Jahren die Leistungsfähigkeit der arbeitenden Menschen sich vermindert.“ Prof. A. Grojahn: „Die Frage, ob die physische Leistungsfähigkeit des arbeitenden Menschen nach dem 35. Lebensjahre eine Verminderung erfährt, die seine Berufstauglichkeit beschränkt, ist vom ärztlichen und hygienischen Standpunkt aus zu verneinen. Aber selbst bei den Berufen, wo dies der Fall ist (Bergarbeiter unter Tage), beginnt die physische Minderung ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit erst etwa zehn Jahre später als das angegebene Alter.“

Sogar tüchtige Ärzte und Hygieniker bestätigen somit, daß von einer Leistungsminde rung im angegebenen Alter nicht die Rede sein kann. Es müßte gelehrt werden, daß eine Zurückweisung der älteren Arbeiter und Angestellten erfolgt.

Aus dem lothringischen Industriegebiet.

Die offiziellen Berichte über das dem Saargebiet benachbarte lothringische Industriegebiet zeigen für das Jahr 1929 unter anderem folgende Zahlen:

Kohlenbergbau.

Der Bergbau erstreckt sich auf eine Fläche von 48 524 Hektar. Die Ausbeutung erfolgt durch drei Kohlenbergwerke. Die Förderung betrug im Jahre 1928 auf den drei Gruben 5 554 600 Tonnen oder 146 Prozent der Förderung von 1913. Von dem Kohlenverbrauch entfallen: Eigenverbrauch der Zechen 8 Prozent, Deputatkohlen der Bergarbeiter 1,7 Prozent, Absatz Elsaß-Lothringen 46 Prozent, inneres Frankreich 33,7 Prozent, Ausland 19,8 Prozent der Förderung.

Die Zahl der Arbeiter auf den Kohlengruben betrug 28 937. Davon waren 46 Prozent Franzosen (Elsaß-Lothringen), 23 Prozent Saarländer, 7 Prozent Deutsche (außer Saargebiet), 17 Prozent Polen, 7 Prozent verschiedener Nation (Serben, Italiener, Tschechen usw.).

Die Löhne betragen im Durchschnitt ohne Familienzulage für Hauar 36,48 Fr., für Uebertagearbeiter 24,92 Fr.

Unfälle sind 4451 zu verzeichnen, davon 45 tödlich, 448 Schwerverletzte, 3980 Leichtverletzte.

Erzbergbau.

Die Erzlager umfassen 41 658 Hektar. Die Produktion der Erzgruben betrug 1928 20 404 196 Tonnen unter Tage und 783 435 Tonnen im Tagebau. Die Verteilung der Produktion erfolgte: Lothringische Hüttenwerke 53 Prozent, Saar und Luxemburg 36 Prozent, Belgien und Deutschland 10,5 Prozent.

Auf den Erzgruben waren 15 018 Arbeiter beschäftigt. Der Arbeiterwechsel ist sehr stark. Die einheimische Arbeiterschaft stellte nur einen kleinen Bruchteil der Erzarbeiter. Beschäftigt

Nicht immer sind sie wohlschmeckend

niere Philippburger Verbacia-Kräutertee! Mühsam enthalten die verschiedenen Kräuter, Wurzeln, Blätter usw. Bitterstoffe, Säuren, Saponine und andere Stoffe, die wohl sehr wertvoll und heilsam sind, aber nicht angenehm schmecken. Das ist freilich nur ein geringer Nachteil im Vergleich zur großen Heilwirkung der Philippburger Verbacia-Kräutertee. Immerhin lassen sich aber doch manche Kranken dadurch davon abhalten, durch Verbacia-Tee eine Genesung herbeizuführen.

Wir haben deshalb eine neue Verbrauchsform geschaffen. Die Verbacia-Kräuterpulver sind fein pulverisiert und in kleine Tablettenkapseln gefüllt, die jedermann mühelos zu schlucken vermag. Durch die Tablettenkapseln wird jeder unangenehme Geschmack ausgeglichen. Erst im Magen löst sich die Kapsel auf und das Kräuterpulver kann seine Wirkung voll entfalten.

Philippburger Verbacia-Kräuterpulver-Kapseln brauchen nicht erst zubereitet zu werden, wie Kräutertee und sind angenehmer zu nehmen, als loses Kräuterpulver. Wenn letzteres nicht vorher in Wasser oder Milch angerührt wird, häußt es unangenehm und schmeckt natürlich

manchmal nicht angenehm, bietet also eher Nachteil als Vorteil gegenüber dem Tee. Auch Kräuterzubereitungen in Tablettenform sind oft von einem unangenehmen Geschmack begleitet. Die weiche, süße Verbrauchsform sind deshalb die Kräuterpulver-Kapseln.

Philippburger Verbacia-Kräuterpulver-Kapseln kann man unauffällig fähig bei sich tragen und am beliebigen Ort, sei es auf der Reise, im Büro oder in der Fabrik, unmerklich zu sich nehmen. Sie sind in einer großen Anzahl Spezialformen erhältlich, die jeweils in ihrer Zusammenstellung besonders auf ein bestimmtes Leiden abgesehen und ganz außerordentlich wirksam und heilkräftig sind. Diese Vorzüge der Philippburger Verbacia-Kräuterpulver-Kapseln sollten jedem Leidenden Veranlassung sein, einmal den Versuch zu machen! Es gibt folgende Sorten:

- Nr. 2 gegen Stuhlverstopfung
- Nr. 4 gegen Aterienverkalkung
- Nr. 6 gegen Nerven- u. Atemnot
- Nr. 12 gegen Blasen- u. Nierenleiden
- Nr. 11 gegen Bleichsucht u. Blutarm
- Nr. 19 gegen Blutmangelkrankheiten usw.
- Nr. 23 gegen Brust- u. Lungenkatarrh
- Nr. 29 gegen Diabetes (Zuckerkrankh.)

- Nr. 31 gegen Korpusculen u. Zitterleibig
- Nr. 66 gegen Augenüberlastung
- Nr. 40 gegen Gallensteine u. Gicht
- Nr. 68 Magenleiden u. Magenleiden
- Nr. 43 Gicht, Scharfäure u. Rheuma
- Nr. 70 gegen Magenleiden
- Nr. 49 gegen Hämorrhoiden
- Nr. 80 gegen Nervenleiden
- Nr. 52 gegen Herzschwäche u. Herzleid
- Nr. 82 gegen Sexual-Nervenleiden
- Nr. 64 gegen Krampf u. Tränenleiden
- Nr. 84 gegen Wasserleiden u. Nieren
- Nr. 65 gegen Leberleiden u. Gelbsucht
- Nr. 88 gegen Darmleiden

Alleiniger Hersteller: Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg KK 401 (Baden)

Share zeitgemäß

Neu:	Gebraucht:
Mil.-Socken 0,95	Mil.-Stiefel, 6.- 4,50
Mil.-Fingerhandsch. 1,20	Mil.-Hosen, 12.- 8,50
Fausthandsch., gel. 1,50	Arbeitsoppen, 12.- 9,-
Mil.-Unterj., Barch. 3,25	Fg. Wallenrock 1,50 5,50
Mil.-Strickjacken 3,40	M.-Mäntel, feldgr. 14,50
Hemden, wollgem. 1,95	Mil.-Decken, dkl. 3,-
Unterhosen, 1,95	Schürhosen, neu bez. 6,-
Feldgr. Stiefel, 8,95	Schaffstiefel 8,00
Tuchhs., lg. 11,50 8,95	Gummiumhänge 9,50
Mil.-Deck. 15x225 9,95	Flieg.-Schürh., b.Knie
Arb.-Schuhe 12,50 9,50	E. schürh., schwarz, neu
Schaffstiefel 18,50 16,-	bes. b.Gr. 43 16,50 12,50

Reinigung u. Stadt u. Land G. m. b. H. E.-G., Berl. O 17, Schloßstr. 76 Langen 79 Versand u. Nachnahme. Umsonst und restlos Zufriedenstellung garantiert. Sendung ab R.M. 30,- portofrei. Preisliste gratis.

Konkurrenzlos mit Garantieschein für 1 Jahr

Gute Taschenuhr nur Mk. 2,99

Nr. 3 Dentache Herren-Ank.-Uhr, 33std. gen. regul. Werk, la. vern. nur M. 2,99

- 4m. Goldr. Scharn., Ovalbüg. M. 3,50
- 5m. bess. Werk. kl. f. f. Form M. 4,99
- 6 Sprungdeckeluhr, 3 Deckel
- vergolde. hochfeine Uhr M. 8,50
- 7 Damenuhr, versilb., 2 Goldr. M. 6,-
- 8 Armbrudr. u. Lederriem. M. 5,50
- Nickelkette M. 0,30. Doppelkette, echt
- Nr. 4 gegen Aterienverkalkung
- Nr. 6 gegen Nerven- u. Atemnot
- Nr. 12 gegen Blasen- u. Nierenleiden

Uhrwerk Fritz Holmecke, Braunschweig 65, Goltzstr. 3

Jahresumsatz zirka 15 000 Uhren

Wirklich gutes gar. rein. m. Zuck. eingek. Zit. 39.- bis Zit. 20.- Elmer 25 Pfd. 10.-, 10 Pfd. 4,20. Viorfr.-Marm. Elmer 25 Pfd. 11,25; 10 Pfd. 4,75 einschl. Gef. Nachn. ab Magdeburg. (Preisl. grat.)

Reisprekutter. Reif- und Witzhüter, Sad 150 Pfd. 9,50, Rostoll 2,20 Simons (ex. 3), Säcken 115 (Nymland)

Jaenicke & Richter, Magdeburg 19.

Lieder des schaffenden Volkes

vom Deutschen Arbeiter-Sängerbund gesungen, hören Sie nur auf der Homophon-Elektro-Platte, die diesen Gesang in natürlicher Reinheit und Tonfülle wiedergibt.

Bestellnummer 4-2293: „Empor zum Licht“ G.A.D. Uthmann (Dirig. Musikdirektor P.A. Joseph. Konzertorgel Begleitung)

Bestellnummer 4-2349: „Brüder zur Sonne“ Hermann Scherchen (Dirig. Walter Händel)

Bezugsquellen weist nach:

Homophon-Company G.M.B.H.
Berlin SW 68 Alexandrinenstr. 108

Verlangen Sie kostenlos Spezialprospekt.

